Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1927

166 (20.7.1927)

Visual Library

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 9 gespaltene Millimeterzeile kostet 10 Pfennig, für auswärts 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellengesuche 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile 45 Pfennig ○ Rabatt nach Tarif, der bei Nichteinhaltung des Zahlungszieles, bei gerichtlicher Beitreibung und bei Konkurs außer Kraft tritt ○ Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Karlsruhe i. B. ○ Schluß der Anzeigen-Annahme 8 Uhr vormittags

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Volk und Zeit" Die Mußestunde / Sport und Spiel / Heimat und Wandern Sozialistisches Jungvolk / Frauenfragen — Frauenschutz

Bezugspreis monatlich 2.30 Mark ○ Ohne Zustellung 2 Mark ○ Durch die Post 2.46 Mark ○ Einzelpreis 10 Pfennig ○ Erscheint 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr ○ Postscheckkonto 2650 Karlsruhe ○ Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 ○ Fernruf 7020 und 7021 ○ Volksfreund-Filialen: Durlach, Westendstraße 22; Baden-Baden, Friedhofstraße 26; Rastatt, Friedrichsstraße 28; Offenburg, Langestraße 28

Nummer 166 — Karlsruhe / Mittwoch, den 20. Juli 1927 — 47. Jahrgang

Nachspiele zu den Wiener Vorgängen

Kommunisten und Reaktionäre gegen die Wiener Arbeiterschaft

Bürgerblockoffensive gegen das Reichsbanner

Zum Abbruch des Abwehrstreiks in Oesterreich

Geschlossenheit und Verantwortungsgefühl

Aus **Wien** wird uns geschrieben:

Der außenparlamentarische Kampf in Wien ist beendet. Er konnte zu nichts führen, weil er keine konkrete politische Idee zur Grundlage hatte, weil ihm kein realisierbares politisches Ziel vorschwebte. Es ist klar, daß die **Proklamation** des 24stündigen **Generalstreiks** durch die österreichische Sozialdemokratie und die Gewerkschaften **nur** erfolgte, **um noch größeres Unheil zu verhüten,** nachdem die **wilde Demonstration** zu einem **Unglück** geführt hatte. Die Partei mußte einspringen, um die von **vornherein verlorene Sache** an sich zu reißen, damit eine **Katastrophe** vermieden würde. Sie tat es im vollen Bewußtsein, daß sie dabei keinerlei Erfolge erzielen, sondern bestenfalls nur großen Schaden verhüten konnte. **Das war eine mutige entschlossene Tat.** Der 24stündige Generalstreik richtete sich einmal als Protest gegen das blutige Vorgehen der Bundespolizei, andererseits gegen das schlimme Wüten der unorganisierten Mordbrenner und Plünderer, von denen die anständige Arbeiterschaft sich unbedingt so schnell als möglich distanzieren mußte. Daß unsere führenden Genossen ohne Illusionen diesen Streik proklamierten, ergibt sich schon aus der Tatsache, daß sie von **vornherein jede ultimative Forderung an die Regierung vermieden.** Weder der Rücktritt Seipels, noch die Versetzung Schobers wurde verlangt. Auch diese Zurückhaltung war klug und mutig, zumal an einem Tage, an dem sich der Arbeiterschaft eine ungeheure begreifliche Erregung bemächtigt hatte. Irgendwelche Forderungen hätten den Kampf zu einer Prestigefrage werden lassen zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft, zu einem Ringen auf Leben oder Tod, wahrscheinlich sogar zu einem Bürgerkrieg.

Für die **Wiener** Arbeiterschaft in dem starken Bewußtsein ihrer zahlenmäßigen Ueberlegenheit war es möglich, einen solchen Kampf aufzunehmen, aber die Führer der Partei haben in der traurigen Stunde den Kopf behalten und lieber die Gefahr der Unpopularität auf sich genommen, als daß sie mit einer **scheinbar** revolutionären Aktion die Existenz der österreichischen Arbeiterbewegung aufs Spiel setzten. Sie lehnte es ab, die Arbeiter zu bewaffnen, mit Ausnahme von 1000 Mann Gemeindeschutzwache, die aus dem republikanischen Schutzbund rekrutiert wurden. Bewaffneter Kampf hätte nur einen Sinn gehabt, wenn man die Macht gewaltsam an sich reißen wollte. In **Wien** wäre das wohl ohne weiteres gelungen, aber auf dem **Lande** hätte es die **Gegenrevolution entfesselt** und die **Vernichtung der sozialdemokratischen Elemente zur Folge gehabt.** Ob sich der **ringsum lauernde ausländische Faschismus,** ob die **Ungarn,** und ebenso **Mussolini** am Brenner und die **bayerischen Schützenvereine** vor Salzburgs Toren sich lange zurückgehalten hätten, wäre angesichts der gesamten europäischen Lage mindestens zweifelhaft gewesen. Aber selbst dann würde die **wirtschaftliche Katastrophe** unaufhaltsam gewesen sein. Die wirtschaftliche Lage des **künstlichen** Staates Oesterreich ist ohnedies auch in „normalen" Zeiten äußerst schwierig. Einem Bürgerkrieg wäre sie keine drei Tage gewachsen und es wäre **gerade** das große **Wien** gewesen, **das als erstes an dieser Wirtschaftskatastrophe zu Grunde gegangen wäre.** Gegen die Hungersnot, hervorgerufen durch den Lieferstreik der Bauern, gegen die Arbeitslosigkeit, bewirkt durch den Boykott des nationalen und internationalen Finanzkapitals wäre selbst der begeisterte bewaffnete Aufstand ohne Erfolg gewesen.

Von der besten proletarischen Organisation der Welt wäre binnen kurzem ein Trümmerhaufen zurückgeblieben. Der technische Verkehrsstreik, der den 24stündigen allgemeinen Streik überdauern sollte, hatte nur den Zweck, dem Bürgertum die ungebrochene Macht der Arbeiterschaft zu beweisen und zugleich der erregten Arbeiterschaft Zeit zu geben, die klare politische und wirtschaftliche Erkenntnis der Führung sich zu eigen zu machen. Sein möglichst baldiger Abbruch war ein Gebot der Klugheit, den mit jeder Stunde mußte die Gefahr auf dem Lande wachsen und die wirtschaftliche Lage sich verschlimmern. Daß die politischen Verhandlungen, die in der Zwischenzeit geführt wurden, keine konkreten Resultate erbringen würden, war klar. Die Hauptsache aber war, daß die Regierung unter dem Druck des Streiks, sich aller reaktionären Gegenmaßnahmen enthielt. Und das ist erreicht worden! Deshalb konnte der Verkehrsstreik abgebrochen werden. Die österreichische Parteileitung hat nicht gezögert, diesen bitteren Entschluß zu fassen auf die Gefahr hin, von den Elementen, die nur stimmungsgemäß urteilen, vorläufig nicht verstanden zu werden. Zu diesem Befehl gehört Mut und Klugheit des Blickes. Die gesamte internationale Arbeiterschaft wird den Führern Dank dafür zollen, daß sie beides in kritischer Stunde bewiesen haben.

*

In der Wiener Arbeiterzeitung (gestrige Dienstagsmorgenausgabe) wird der Abbruch des Streiks an leitender Stelle u. a. wie folgt besprochen:

„Ein Beschluß — und alle Räder stehen still! Ein Beschluß — und alle Räder bewegen sich wieder. So kämpft ein diszipliniertes Heer! Nach dem wilden Zornesausbruch vom Freitag war diese eiserne Disziplin der Hunderttausende doppelt notwendig. Denn das versteht jedermann: solange unser Wille alles wirtschaftliche Leben in einer Minute stillegen und solange nur unser Wille und nichts als unser Wille das wirtschaftliche Leben wieder in einer Minute in Gang setzen kann — solange wird keine Macht mit uns fertig werden! . . .

Sie trösten sich, die Herren, die in diesen schlimmen Tagen diesen Beweis einer in der Disziplin der Hunderttausende, in ihrem Vertrauen zu ihrer Gewerkschaft und ihrer Partei wurzelnden Kraft wiedererlebt haben, sie trösten sich: Bedingungslos haben sie den Verkehrsstreik abgebrochen! Bedingungslos — ist das nicht eine Kapitulation? Wir wollen es euch sagen, ihr Herren, was es ist. Kapitulieren? Warum hätten wir es müssen? Ungebrochen, unbrechbar stand der Streik. Nein, wir haben nicht kapituliert. Aber wir haben, ohne jede Vereinbarung mit der Regierung, aus eigenem Willen und Entschluß den Streik beendet, weil uns das leitet, was den Leichenfledderern, die an dem Blutbad vom Freitag ihre politischen Geschäfte machen möchten, so vollständig fehlt: nämlich das Gefühl der Verantwortung für das Schicksal der Arbeiterklasse, für das Schicksal der Republik, für das Schicksal des Landes.

Denn es ist ein furchtbar gefährliches Kampfmittel: eine allgemeine Stillegung des Verkehrs in solchen Tagen. Noch ein paar Tage Eisenbahnerstreik — und hunderte Betriebe hätten sperren müssen, weil die Rohstoffe nicht zugeführt werden konnten. Noch ein paar Tage Post- und Telegraphenstreik — und Milliarden ausländischen Kapitals hätte das Ausland, wo infolge der Einstellung des Verkehrs die phantastischsten Gerüchte über die Ereignisse in Oesterreich verbreitet waren, der österreichischen Industrie entzogen, eine neue Kette von Bankerotten und Betriebseinstellungen, eine neue Welle furchtbar vermehrter Arbeitslosigkeit wäre die Folge gewesen.

Freitag, als die Schwarmlinien der Polizei durch die Straßen gingen, auf fliehende, wehrlose Menschen schießend, da mußten wir auf dieses beispiellose Verbrechen antworten. Wir hatten der Regierung in ihrer Sprache antworten können, wenn wir gewollt: in der Sprache der pfeifenden Geschosse, in der Sprache des Mordes. Wir haben es nicht gewollt. Das wäre der Bürgerkrieg, das wäre das Ende der Republik in blutiger Katastrophe geworden. Uns sind Menschenleben nicht so wohlfeil wie den Herren, die Oesterreich regieren. Wir sind nicht, wie sie, bereit, um unserer „Autorität" willen Volk und Land in entsetzlichster Katastrophe zugrunde gehen zu lassen. Wir wollten nicht antworten mit dem Bürgerkrieg. Aber antworten mußten wir. So antworteten wir mit dem mächtigsten Mittel der Demonstration und des Protests, über das wir verfügen: mit der Stillegung des Verkehrs! . . .

Der Abbruch des Verkehrsstreiks — er ist eine Tat republikanischen Verantwortungsgefühls. Und weil dieses republikanische Verantwortungsgefühl unsere breiten Massen erfüllt, darum werden sie den Beschluß des Parteivorstandes und der Gewerkschaftskommission in geschlossener Einheit vollziehen. Ein Zirkulartelegramm — sie sind in den Streik getreten. Ein anders — sie werden die Arbeit aufnehmen. So handelt ein von Verantwortungsgefühl und Disziplin erfülltes Heer! Und solange es so handelt, bleibt es unbesiegbar. Solange wir diese Macht fest in unseren Händen behalten, solange werden die politischen Leichenfledderer vergebens hoffen, an dem Proletarierblut, das sie vergossen haben, auch noch ihr Geschäft zu machen!"

Der Wiener Polizeipräsident über die Schuldfrage

Die verbrecherischen Taten sind von den Kommunisten angestiftet

Die Vossische Zeitung veröffentlicht eine Unterredung mit dem Wiener Polizeipräsidenten Schober. Dieser erklärte auf die Frage, ob nach seiner Ansicht die Ergeinisse vom 15. Juli von langer Hand vorbereitet waren:

„Ich halte es nicht für wahrscheinlich, daß dies der Fall war. Das beklagenswerte Unglück ereignete sich dadurch, daß die Massen, die sicher nur zu einer Demonstration gekommen waren, ohne Führung sich befanden. Nicht einmal Ordner sind diesmal mitgegangen. So wurden die vielen Tausende in den Augenblicken, da sie dringend des Rates ihrer Führer bedurften, allein gelassen und diese gefährliche Situation benutzten unverantwortliche kommunistische Elemente, um sich an die Spitze der Bewegung zu stellen."

Weiter erklärte der Polizeipräsident: „Wohl war die Erregung der Massen nach dem Urteil von Schattendorf sehr groß, aber die Menschen, die sich zu solchen Unruhen fortreißen ließen, Gebäude anzündeten, Wachtleute massakrierten usw., das waren keine Wiener Arbeiter. Der Mob, die Hefe des Volkes, verantwortungslose Gesellen, hatten sich der Bewegung bemächtigt. Sie tragen die Schuld an den Opfern des 15. Juli."

Schließlich gab noch Polizeipräsident Schober der Auffassung Ausdruck, daß ein starkes und kräftiges Gemeindewesen, wie Wien, die furchtbaren Wunden schnell verwinde und daß ein Tag wie der 15. Juli nicht mehr wiederkehren wird.

Einberufung des österreichischen Parlaments

Wien, 19. Juli. (Eig. Draht.) Der **Nationalrat** ist auf Montag nachmittag 3 Uhr einberufen worden. Die Absicht des Bundeskanzlers, lediglich den Präsidenten eine Trauerrede halten zu lassen und damit die Sitzung und die ganze Tagung zu beenden, wird natürlich nicht durchgeführt werden, denn die **Sozialdemokratie** wird eine **Besprechung** der letzten furchtbaren Vorgänge und eine Stellungnahme der Regierung herbeizuführen wissen.

Der **Wiener Gemeinderat** wird am Dienstag nachmittag zusammentreten. Die Tagesordnung ist die einer normalen Sitzung. Trotzdem wird selbstverständlich das **Drama von Wien** im Mittelpunkt der Verhandlungen stehen. Der Gemeinderat wird u. a. die Aufstellung der Gemeindeschutzwache zu billigen haben. Die Behauptung, als ob die Aufstellung dieser Schutzwache verfassungswidrig sei, ist falsch, denn die Gemeindeordnung verpflichtet die Gemeinde für Ruhe und Ordnung und Sicherheit zu sorgen. Die Gemeindeschutzwache ist am Dienstag morgen noch um einige hundert Mann vermehrt worden. Weitere Einstellungen sollen jedoch zunächst nicht erfolgen. Die Schutzwache macht weder Straf- noch

Die ersten Bilder von den Wiener Unruhen

bei denen über 80 Menschen den Tod fanden. Die Menge staut sich in den Nebenstraßen. Im Hintergund der brennende Justizpalast, im Vordergrund das Parlamentsgebäude.

*

Die bei den Unruhen in Wien angerichteten Zerstörungen haben sich nach dem ersten Ueberblick als äußerst beträchtlich erwiesen. Die Zahlen der Toten und Verwundeten stehen noch nicht fest. Unser Bild zeigt Polizei die eine Barrikade in der Auspergstraße eingenommen hat, dahinter der zurückgedrängte Volkshaufe.

kriminellen- noch Bürodienst. Ein erheblicher Teil ist ständig im Rathaus oder in den Bezirksämtern konzentriert. Es stehen genügend Automobile und Nachrichtenmittel zur Verfügung, um bei Bedarf sofort einzuschreiten.

100 Tote und 1000 Verwundete in Wien

WTB. Wien, 19. Juli. Wie der Sonderberichterstatter des WTB. erfährt, ist die Zahl der Toten ungefähr auf 100 angewachsen. Es ist damit zu rechnen, daß noch eine Reihe von Verwundeten sterben. Die Zahl der Verwundeten wird nunmehr, nachdem die Feststellungen genauer sind, auf insgesamt etwa 1000 angegeben.

Das Ringen um den Hauptbahnhof Innsbruck

Der Abzug der reaktionären Heimwehr erzwungen

Wien, 20. Juli. (Funkdienst.) Aus Innsbruck wird gemeldet: Die Heimwehren in Tirol hatten den Innsbrucker Bahnhof besetzt. Die Eisenbahner hatten erklärt, erst dann den Dienst wieder aufzunehmen, wenn die Gendarmerie, die Heimwehren und das Militär vom Bahnhof abgezogen seien. In der Nacht vom Montag zum Dienstag wurde mit dem Bundesbahndirektor vereinbart, daß die Heimwehr um 7 Uhr morgens aus dem Innsbrucker Bahnhof abmarschieren werde und daß dann der Verkehr aufgenommen würde. Um 8 Uhr früh war aber die Besetzung noch nicht aufgehoben, worauf die Streikleitung durchsetzte, daß die Heimwehrleute und die Gendarmerie am Nordende des Bahnhofes abziehen und daß die Eisenbahner beim Südende des Bahnhofes einziehen werden. Nun wurde der Gendarmerieposten zurückgezogen, die Polizei nahm ihren normalen Dienst wieder auf und die eigenartige Besetzung zog am Nordende des Bahnhofes hinaus. Gleichzeitig marschierten vom Partei- und Gewerkschaftshaus die Eisenbahner unter gewaltiger Beteiligung der Bevölkerung zum Südende des Bahnhofes hinein. Nach einer kurzen Ansprache der Streikleitung wurde der Dienst wieder aufgenommen. Auch an anderen Nordtiroler Bahnhöfen, die die christlich-soziale Landesregierung hatte besetzen lassen, wurde die Gendarmerie und die Heimwehren zurückgezogen und der Dienst wieder aufgenommen. Die Landesregierung hatte noch vorgestern mittag erklärt, daß sie die Besetzung erst zurückziehen werde, wenn der Betrieb aufgenommen sei. Auch in ein paar kleineren Orten, wo ein paar bäuerliche Viehhändler glaubten die Kommandanten spielen zu können, wurden die Heimwehrleute von den Eisenbahnern einfach verjagt. Mit der Niederringung der Eisenbahner, die die christlich sozialen Wehrleute in Nordtirol sicher glaubten durchsetzen zu können, haben sie sich bloß eine gewaltige Blamage zugezogen. Auch in der Steiermark mußten die Heimwehren abziehen.

Zahlreiche Verhaftungen in Wien

Wien, 19. Juli. Die Reichspost meldet: Gestern wurden von der Wiener Polizei zahlreiche Leute verhaftet, bei denen festgestellt wurde, daß sie mit den Ausschreitungen am Freitag und Samstag in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhang stehen. Darunter befinden sich auch bulgarische Studenten, die sich offen als Anhänger der kommunistischen Partei bekennen. Ueber ihren Aufenthalt während der Demonstrationen machten sie widersprechende Angaben. Unter den Verhafteten soll sich auch ein preußischer kommunistischer Landtagsabgeordneter befinden, weiter angeblich ein Vertreter der Berliner Sowjethandelsagentur namens Lenggel, der zurzeit der ungarischen Räteregierung ein Rolle spielte.

Die Untersuchung über die Vorgänge in Wien

Wien, 19. Juli. Von dem Sonderberichterstatter des WTB. wird berichtet: Der Polizeipräsident hat angeordnet, daß alle zur Anzeige gelangten Fälle von Beschuldigungen strengstens untersucht werden. Aufgrund der Anzeigen der Polizei hat die Staatsanwaltschaft die Untersuchung gegen zahlreiche Personen, die des Aufruhrs schuldig sind, eingeleitet. Bisher befinden sich mehr als 300 Personen in Untersuchungshaft. Von den während der Straßenunruhen verhafteten Personen sind bis gestern abend dem Landgericht 1 insgesamt 75 Beschuldigte eingeliefert worden. Die Anklage lautet auf die verschiedensten Delikte, auf Verbrechen der öffentlichen Gewalttätigkeit gegen die Polizei, Aufruhr, Aufreizung gegen die Staatsgewalt, Hausfriedensbruch und Brandstiftung. Die Eingelieferten wurden noch gestern verhört und die wegen geringfügiger Delikte verhafteten Personen wurden später freigelassen. Ueber die anderen Personen wurde die Untersuchungshaft verhängt.

Parteikonferenz der österreichischen Sozialdemokratie

Wien, 19. Juli. Wie die Arbeiterzeitung berichtet, findet am Samstag eine Parteikonferenz der Sozialdemokratischen Partei statt, in der die politischen Ereignisse besprochen werden.

Moskau hetzt zu neuem Blutvergießen

Moskau, 19. Juli. (Telegraphenagentur der Sowjetunion.) Die Komintern veröffentlicht einen Aufruf, in dem sie das österreichische Proletariat auffordert, den Generalstreik bis zum Sturz der Regierung Seipel fortzusetzen. Der Aufruf fordert ferner Entwaffnung der faschistischen Organisationen und der Polizei, Bewaffnung der Arbeiter, Schaffung von Arbeiterräten im ganzen Lande und die Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung.

Die deutsche Sozialdemokratie an die österreichische Sozialdemokratie

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutsch-Oesterreichs folgendes Telegramm gerichtet:

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bittet Euch, den Angehörigen der Opfer der Wiener Demonstrationen den Ausdruck herzlichen Beileids zu übermitteln. Im Kampf gegen die Klassenjustiz fühlen wir uns mit Euch solidarisch. Wir sind überzeugt, daß unsere kräftige Wiener Bruderpartei aus diesem schweren Kampfe im Interesse der Erhaltung der Republik gestärkt hervorgehen wird.

gez. Dr. Müller, Wels, Crispien.

Französisches Lob für die österreichische Sozialdemokratie

Paris, 20. Juli. (Funkdienst.) Im Populair bespricht Leon Blum die Vorgänge in Oesterreich und schreibt: „Die Entschlüsse unserer Kameraden, die alle vom Interesse der Arbeiterklasse geleitet wurden, haben über die natürliche Erbitterung eines herausgeforderten und beleidigten Proletariats den Sieg davongetragen. Eine Partei, die einer derartigen Selbstbeherrschung fähig ist, ein solches Vertrauen in ihre Führer hat, kann getrost in die Zukunft sehen. Sie braucht sich ebensowenig um die Beleidigungen des Faschismus, wie des Kommunismus zu kümmern."

Bürgerblockoffensive gegen das Reichsbanner

Auch die Zentrumspresse macht mit

Die Vorgänge in Wien wurden von der deutschnationalen und der volksparteilichen Presse dazu benutzt, um nicht nur gegen die österreichische Sozialdemokratie und den Schutzbund mit Verdächtigungen und Verleumdungen vorzugehen, sondern sofort wurde auch eine systematische Hetze gegen das Reichsbanner eingeleitet. Der Bundesvorsitzende des Reichsbanners, Genosse Hörsing, hat in seinem Aufrufe den Schutzbund verteidigt und ganz berechtigterweise die erzreaktionäre österreichische Regierung angegriffen. Darob großer Lärm in der Bürgerblockpresse. Die Deutsche Volkspartei hat im preußischen Landtage eine Anfrage eingebracht, was die preußische Regierung wegen des Aufrufs gegen Hörsing zu unternehmen gedenkt. Nun beeilen sich Zentrumsorgane, die Bürgerblockaktion gegen das Reichsbanner und seinen Vorsitzenden zu unterstützen. Die heutige Ausgabe des Badischen Beobachter enthält einen Artikel „Wiener Bilanz", in dem es zum Schluß wörtlich heißt:

„Daß Herr Hörsing an das paritätische Reichsbanner glaubte einen Aufruf erlassen zu sollen, in dem er von der Hilflosigkeit der österreichischen Regierung spricht, die doch durch den sozialistischen Bürgermeister Seitz von Wien sabotiert wurde, ist eine empörende Beleidigung der rechtmäßigen Regierung unseres deutschen Brudervolkes. Herr Hörsing hat den paritätischen Boden des Reichsbanners nicht zum erstenmal mißbraucht zu sozialistischen Extratouren. Wir haben den Eindruck, als ob das Verhältnis des Reichsbanners zum Zentrum nach dieser unmöglichen Leistung in sein letztes entscheidendes Stadium getreten sei. Und dies um unseres Gewissens und unserer Ehre willen."

Der Badische Beobachter hatte schon vom Sonntag an eine recht feindselige Stellung nicht nur gegen die österreichische Sozialdemokratie, sondern auch gegen den Schutzbund eingenommen. Nun bläst er auch zum Kampfe gegen das Reichsbanner. Die Vorgänge in Oesterreich werden auch in Deutschlnd zu einem innerpolitisch vielleicht hochtungsvollen Nachspiel führen.

Neue belgische Note über die Reichswehr

Wie die Vossische Zeitung aus Brüssel meldet, hat die belgische Regierung am Dienstag abend dem deutschen Gesandten die Antwort auf die deutsche Note über die Reichswehr überreicht. Der Kriegsminister soll seine Erklärungen vollkommen aufrechterhalten. Sie seien aus offiziellen Dokumenten und aus Pressveröffentlichungen geschöpft und sorgfältig nachgeprüft worden. Die anderen Informationsquellen anzugeben, sei selbstverständlich nicht angängig.

Man wird den Wortlaut der belgischen Antwortnote abwarten müssen, ehe man endültig zur Erklärung des belgischen Kriegsministers Stellung nehmen kann.

Deutsche Militärattaches

Die Erwägungen über die Entsendung von Militär- und Marineattaches haben zu einer prinzipiellen Einigung darüber geführt, den Botschaftern und Gesandtschaften militärische und maritime Sachverständige beizugeben. Trotz gewisser politischer Bedenken hat man sich dem Standpunkt des Reichswehrministeriums angeschlossen, daß die Entsendung von Marine- und Militärattaches im Interesse der deutschen Reichswehr als unumgänglich notwendig bezeichnet werden muß.

Wie der Soz. Pressedienst erfährt, wird je ein Militär- und Marineattache bei den Großmächten akkreditiert werden. Auch mit den durch den Friedensvertrag neu entstandenen europäischen Staaten sind Erwägungen darüber im Gange, ob die beiderseitigen diplomatischen Vertretungen durch Militärattaches ergänzt werden sollen. Gegenstand von Erwägungen bilden u. a. auch noch die Abgrenzung des Wirkungskreises und ob sie ihre Instruktionen vom auswärtigen Amt oder vom Reichsverkehrsministerium empfangen sollen.

Englands Bemühungen für die Räumung des Rheinlandes

Nach dem Londoner Berichterstatter des Echo de Paris versuchen die britischen Diplomaten die französische Regierung davon zu überzeugen, daß es nötig sei, die Truppenstärke im Rheinland herabzusetzen. Die Wilhelmstraße habe sicher auf die Hoffnung, die völlige Räumung raschestens zu erreichen, verzichtet, aber sie hoffe, daß wenn günstige Ereignisse einträfen, die Räumung noch im Laufe des kommenden Jahres erfolgen werde.

Der Berliner Korrespondent des Daily Telegraph meldet: Es scheint, als ob die deutsche Regierung einen weiteren Schritt zur Herbeiführung der Verminderung der alliierten Garnisonen im Rheinlande nicht ins Auge faßt. In hiesigen führenden Kreisen wird die Auffassung vertreten, daß eine solche Verminderung binnen kurzem von den Franzosen infolge britischer Ueberredung, vorgeschlagen werden wird, und daß eine Aktion Berlin sie eher verzögern als beschleunigen werde. Es wird jedoch erklärt, daß, wenn die Umstände sich im übrigen als günstig erwiesen, eine endgültige Zurückziehung der alliierten Truppen von deutschem Gebiet im Laufe des nächsten Jahres gesichert werden kann.

Kleinrentner, Aufwertung, Sozialdemokratie

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben: Nach dem Abschluß der Aufwertungsdebatten im Reichstag sind dem Genossen Keil, der die sozialdemokratische Fraktion ständig im Aufwertungskampf vertreten hat, zahlreiche Dankschreiben aus den Kreisen der Kleinrentner aus allen Teilen des Reiches zugegangen. Besonders bemerkenswert ist ein Schreiben des Professors Bauser aus Nagold in Württemberg, der neben dem Abgeordneten Dr. Best als einer der ersten Führer der deutschen Sparerbewegung gilt. Er sagt in seinem Schreiben an Keil:

„Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen, sehr verehrter Herr Abgeordneter, im Namen des württembergischen Sparerbundes und zweifellos auch der Sparer aus dem ganzen Reich herzlich dafür zu danken, daß Sie sich in so energischer Weise für die Inflationsgeschädigten eingesetzt haben. Nächst Dr. Best sind die Sparer wohl Ihnen am meisten zu Dank verpflichtet, denn nächst Dr. Best haben Sie sich am stärksten für ihre Interessen eingesetzt."

Der Geschwisterhof

13 Erzählung von Anna Hartenstein

(Fortsetzung.)

„Geh, hab' kein Sorg nicht, Sterndl, es wird schon alles gut werden — ich bin ja da. — Schau, du und die Agath — zwei Mütter — zwei in diesen Tagen" — die Resel kann den Gedanken nicht ausdenken — zu ungeheuer, über alles Menschenversteben hinaus geht er. Und in ein paar Minuten lehnt sie, den Arm um das Tier gelegt, den Kopf gegen die weißgesternte Stirn in schwerer, banger Versunkenheit.

Da heult gellend eine Hupe durch die eintönige Regenmelodie — wieder und näher — und es rast heran mit Rattern und Fauchen. — „Du, jetzt kommt's, Sterndl" — sie löst den Arm, das Entsetzen würgt ihr die Stimme.

Draußen stand schon der Bürgermeister vor der Haustür und nahm mit blassem, starrem Gesicht dem Autoführer das versiegelte Schreiben ab.

Kriegszustand.

Und wie eine ungeheure Woge schlägt es über das Dorf hin. — Heißes verborgenes Weinen in den Häusern — die Männer dürfen's nicht merken. Die schaffen noch, wer von ihnen nicht sofort die Sense niederlegen muß, verbissen, mit verdoppelter Kraft, doch äußerlich gelassen, als müßten sie nicht schon in den nächsten Tagen den Fuß aus der Scholle heben.

Das Haus des Bürgermeisters ist ein Taubenschlag. Das Telephon, das der Gattinger kurz vorher hatte einrichten lassen, schrillt — „hier, Bürgermeister" — er ist zur Stelle — überall. Hat für jeden einen Händedruck, einen festen — „gel, Hannes, auf mein Zeug schaust und auf meine Frau — in vier Tagen muß ich einrücken" — dem Postwirt glüht's in den Augen; „da hab' keine Sorge nicht" — der Säger Martl, der älteste der Hüblerin, auf deren Häuschen der Gattinger eine kleine Hypothek stehen hat, ist auf dem Weg zur Bahn. Zwei Brüder sind schon fort in ihre Garnisonen, vielleicht schon weiter. Da heißt er die Mutter zugehen. Schnell noch klinkt er die Türe im Geschwisterhof auf. In dem jungen Gesicht arbeitet es, nur ein Wort würgt er hervor — „Bürgermeister" — der preßt ihm beide Hände — „kannst ruhig gehen, Martl, deine Mutter hat in mir einen Buben."

So drängte sich in der Amtsstube des Bürgermeisters das aufgestörte Leben des Dorfes. Und draußen ergießt es sich vom Gebirge her wie ein Strom der Hölle. Auf der Straße braust die wilde Jagd heran mit Pfeifen und Fauchen — Heulen und Tuten — Rasseln und Rattern, die Luft angefüllt mit Getöse, Benzinwolken wälzen sich über die Häuser hin.

— Holla — Spione? —

„Bürgermeister, wir haben einen" — die halbwüchsigen Burschen sind aus Rand und Band — glühende Gesichter, flammende Augen — auch die Männer packt das Fieber. Der Bürgermeister muß dämpfen, vermitteln, beruhigen.

Und dabei läuft durch das Haus das Wimmern und Stöhnen seines Weibes — das hängt ihm in den Ohren, das füllt ihm die Seele, verzerrt ihm das Gesicht. —

Hastig schleicht er hinaus, horcht an der Türe. Drinnen tönt die starke Stimme seiner Schwiegermutter, die eine Stunde vor dem Mobilmachungsbefehl im Geschwisterhof eingerückt — nun sei's Zeit — und das Kommando im Hause übernommen — dazwischen neues qualvolles Jammern. Dem Hannes laufen eisige Schauer über den Leib. Er rannte barhaupt hinüber zur Kirche. Sank im Dämmern vor der Gnadenmutter mit dem Kinde nieder, stammelte wirre Worte, abgerissene Gebete.

Draußen heulte und fauchte es — donn irgendwoher der Ruf — „Bürgermeister — Höllasakra — wo ist er, der Bürgermeister". Das riß ihn auf. Einen Blick noch auf das dunkle umschleierte Bild — „Herr, mach's gut."

In dieser Nacht verlosch kaum in einem der Häuser das Licht. Aus den Stallfenstern des Geschwisterhofes fiel heller Schein in die Nacht. Da rang die Kalbelmutter mit dem werdenden Leben — hart, grausam hart und war allein. Das Haus brauchte die anderen, da galt's ein Menschenleben.

Schweißtriefend, das Herz berstend von der Anstrengung lief sie zur Stalltüre hinaus, denn draußen klangen Schritte. „Joseph" — im Dunkel erkannte sie ihn am Hinken. Die Stimme wollte ihr nicht aus der Kehle, wie sie im Traum in höchster Not versagt — Joseph, ach mein Gott, komm doch und hilf mir, das Sterndl wird mir sonst hin."

„Weck die Dirn — ich muß hinunter an die Brücke" — das Dunkel verschluckte ihn.

Wieder das qualvolle Brüllen der Kuh, um sie das dumpfe Mitleiden der Tiere, das Klirren der Ketten, das unruhige Stampfen und wehe Muhen. Sie stöhnte — und da erzitterte das Haus in einem Schrei, der das Blut erstarren ließ.

Der Tag dämmerte. Ein fahler Schimmer kroch über die Waldhöhen herab. Im Stroh torkelten zwei Kälbchen. Ein dumpfes Röcheln noch, dann streckte das Sterndl mit einem letzten krampfigen Zucken die Beine. — Neben ihr sank Resel auf die Knie und barg das Gesicht in wildem Weinen auf dem noch lebenswarmen Hals des Tieres.

Der Tag dämmerte. In der Schreibstube saß der Hannes mit wirrem Haar und starrte stumpf vor sich hin — ohne Gedanken, ohne Gefühl —, wußte nichts mehr von Zeit und Geschehen. Aber die Brust hob sich ihm zuweilen in einem konvulsivischen Schluchzen. Da wurde die Türe hinter ihm aufgerissen — „Hannes" — die Marie lief auf ihn zu, lachte, und die Tränen strömten ihr über das Gesicht — „Hannes — Gott sei gelobt — ein Bub ist da und — ach denk nur — ein Mädel."

Da brach der Mann in einem fassungslosen Schluchzen zusammen — — —

Allmählich kam das Erwachen, und das Leben lief seinen Gang. Man lebte und arbeitete wie sonst. Und doch war alles anders. Nein, man hatte nicht geträumt. Die Männer sind fort, einer und der andere geht noch. Es gibt keine Abschiedsfeiern mehr im Wirtshaus. Still mit verhülltem Blick schauen Frauen und Kinder vom Bahnhof aus dem fahrenden Zug nach. Dann schultert die Frau die Sense, und der Bub schirrt die Ochsen ein. Die Gesichter sind älter, härter geworden in wenig Tagen. In den Augen ist etwas Fernschauendes, Suchendes.

Auf das Haar des Gattinger war in der ersten Kriegsnacht dichter Reif gefallen. Aber die Augen wurden wieder hell. Und neben dem tiefen Ernst, der sie füllte, wenn er mit dem Pfarrer und den Männern des Dorfes in den Abendstunden zu schwerer Beratung saß, leuchtete in ihnen eine tiefe Glückseligkeit und ein Staunen wie bei einem Kinde, das vor den Christkindsherrlichkeiten fragt — „und das soll mein sein".

Oben in der großen Stube übten sich die kleinen Kerlchen in der ersten Strophe des Lebensliedes — Lebensbejahung, während draußen der Tod mit weitem Schwung die Mahd begann. — Nur der der ersten Kriegsnacht — heilige schauernde Gedanken bewegten den Hannes, wenn er in stummem Glück auf die beiden Kinderkärlchen schaute. Er versuchte auch mit der Agath darüber zu reden. Aber die verstand ihn nicht — „was du wieder für verrücktes Zeug spinnst." Hatte er sich zu unbeholfen ausgedrückt, oder war sie noch zu schwach, um das Ungeheure, Wunderbare an sich herankommen zu lassen.

(Fortsetzung folgt.)

Der Nachtrag zum Staatsvoranschlag genehmigt

Badenwerk — Schluchsee- und Titiseeprojekt — Der Etat des Finanzministeriums angenommen — Das Straßenbauprogramm — Gesuche — Das Finanzgesetz — Nachtrag zum Staatsvoranschlag genehmigt — Aenderung der Geschäftsordnung des Landtags

h. w. **Karlsruhe**, 19. Juli.

Die **Deutschnationalen** sind eigensinnig! Das **Badenwerk** hat nun einmal seit seinem Bestehen sich der besonderen **Abneigung** der Deutschnationalen zu erfreuen und immer wieder unternehmen sie neue Vorstöße gegen das Werk, haben neue Klagen und Wünsche vorzubringen. Die Sache endet jedes Mal für die Querulanten mit einem Hereinfall, aber einen echten Nörgler ficht das nicht an. Erneut rücken sie wieder mit Wünschen und Beschwerden an — der Erfolg ist derselbe, wie immer bisher. Das Haus kennt die Absicht und wird nicht verstimmt. — Die **Deutsche Volkspartei** hat Besorgnisse wegen des **Schluchseewerkes**, natürlich nicht die Besorgnisse, die sie in ihrer heutigen förmlichen Anfrage zum Ausdruck brachte. Es sind in Wirklichkeit **kapitalistische Aengste**, Aengste um den heiligen Profit des Privatkapitals, der diese Partei den Vorstoß unternehmen ließ. Auch diese Anfrage wurde vom Hause kurz und bündig in den Akten genommen, zu welcher Erledigung der Finanzminister mit einer sachlich-kühlen Rede nicht unwesentlich beitrug, auf die die Kritiker sicher auch nicht viel zu erwidern gewußt hätten, selbst wenn eine Debatte stattgefunden hätte.

Der wichtigste Punkt der Tagesordnung, wie wohl auch des ganzen Tagungsabschnittes, war die **Erledigung des Nachtrags zum Staatsvoranschlag**, die Annahme des **Finanzgesetzes**. Eine umfangreiche Abstimmung über eine große Anzahl Anträge ging voraus, eine Art Flurbereinigung, aus der sich dann als Schlußstein das Finanzgesetz heraushebt. Das Gesetz wurde mit der großen Mehrheit von 45 Stimmen angenommen; dagegen stimmten nur die drei anwesenden Kommunisten; die Bürgerliche Vereinigung enthielt sich der Stimme. Es dürfte nicht viele Parlamente in Deutschland geben, in denen einem Staatsvoranschlag mit einer solchen Mehrheit zugestimmt wird, und eigentlich sich nur die Kommunisten in Opposition befinden, die aber niemand tragisch nimmt. So arg schlecht kann also die Arbeit der badischen Koalition nicht sein, wenn ihrer Regierung mit solcher Mehrheit die Mittel zur Weiterarbeit bewilligt werden.

Zum Schlusse beschäftigte sich das Haus auch einmal mit sich selbst. Ueber die Arbeitsweise und die Arbeitsmethode des Landtags wurde in den letzten Jahren viel und berechtigte Kritik geübt. Die Auswirkung dieser Kritik ist in einem Antrag niedergelegt, den der Präsident des Landtags selbst, Abg. Baumgartner, vorlegte nud begründete. Der Antrag wurde nahezu einstimmig angenommen. Dem Ausschuß der Vertrauensmänner sollen nun ebenfalls Antragsrechte eingeräumt werden und außerdem soll der Landtag nur in bestimmten Abschniten tagen. Letzteres soll nur ein Versuch sein, die Arbeitsweise des Landtags soll methodischer und zweckmäßiger werden. Es wird abzuwarten sein, ob sich die neue Arbeitsweise im nächsten Tagungsabschnitt bewährt. Eine Aenderung des bisherigen Zustandes war unter allen Umständen im Interesse des Ansehens des Landtags dringend nötig.

45. Sitzung.

Karlsruhe, den 19. Juli.

In der heutigen Nachmittagssitzung gibt Ministerialrat Dr. Bunt zunächst Auskunft auf eine **volksparteiliche kurze Anfrage betr. Steuererleichterungen für das besetzte badische Gebiet.** Die Regierung wird auch künftig einkommende Anträge **wohlwollend behandeln.** — Das Haus nimmt dann Stellung zu einem Antrage der Bürgerl. Vereinigung, dahingehend, das

Badenwerk

zu veranlassen, alsbald die gesamten bereits in Angriff genommenen und noch geplanten Projekte in den Hauptzügen mitzuteilen und einen Ueberschlag der Aufwendungen zu geben. — Abg. **Seubert** (Ztr.) erstattet Bericht über die Verhandlungen im Haushaltsausschuß, die nach Erklärungen der Regierung dazu führten, daß mit 15 gegen 1 Stimme bei 3 Enthaltungen ein Antrag Dr. Baumgartner angenommen **wurde**, den Antrag der Bürgerl. Vereinigung für **erledigt zu erklären.** —

Abg. Dr. **Mayer-Karlsruhe begründet** seinen Antrag mit dem Hinweis auf eine gewisse Unruhe in der Bevölkerung, da man dem Badenwerk gegenüber nicht wisse, was es für Pläne habe. Man werde stets vor vollendete Tatsachen gestellt. Damit solle nichts gegen das Badenwerk gesagt werden; das Volk habe aber ein Anrecht darauf, zu erfahren, was bezüglich der Ausnutzung der badische Wasserkräfte geplant ist. — Abg. Dr. **Obkircher** (D. Volksp.) erhält im Zusammenhang mit der angeschnittenen Frage das Wort zur Begründung einer **Interpellation** seiner Fraktion über das

Schluchsee- und Titiseeprojekt

Die Oeffentlichkeit wolle wissen, was geschehen soll. Die Einwirkung auf den südlichen Schwarzwald seien so groß, daß man einen strengen Maßstab für die Voraussetzungen des Werkes anlegen müsse. Darüber, ob der Bau wirtschaftlich vertretbar ist, gingen die Meinungen auseinander. Die zweite Frage sei die, ob es notwendig ist, daß das Schluchseewerk gebaut wird, um den Strom für die Elektrifizierung der Bahnen zu beschaffen und den Strom zu verbilligen.

Finanzminister Dr. Schmitt

erwidert, daß Ministerium und Badenwerk fortgesetzt bemüht waren, die Abgeordneten auf dem Laufenden zu halten. Die Verhandlungen zwischen dem Badenwerk und den Interessenten über die im Vergleichsverfahren erhobenen Einsprüche gehen ihrem Ende entgegen. In zahlreichen Fällen konnte nachgewiesen werden, daß die gehegten Befürchtungen unbegründet waren. Mit dem Vorstand des Vereins der Interessenten des Schluchseewerks ist vor kurzem eine Vereinbarung über die **Entschädigung der Werkbesitzer** für den Wegfall von Wasserkraft getroffen worden; ebenso wurde mit der Holzstoff- und Papierfabrik Neustadt über die Entschädigungsansprüche eine Einigung erzielt, desgleichen nehmen die Verhandlungen mit den Wiesenbesitzern einen befriedigenden Verlauf, soweit sie nicht schon abgeschlossen sind. Die finanzielle Belastung durch die Entschädigung überschreitet nicht den Betrag, mit dem von vornherein gerechnet wurde.

Eine heftige Polemik hat sich in der Presse über die **Einbeziehung des Titisees** entsponnen. Kenner der Verhältnisse wissen, daß dabei auch Uebertreibungen zu verzeichnen sind. Es wurde u. a. gesagt: „Die Dreiseenbahn soll ihren ehrlichen Namen behalten und nicht zur Dreisümpfebahn werden!" Der Minister fährt fort: Man hat übersehen, daß ein künstliches Stauen schon bisher erfolgte. Die Absenkung soll nicht zur Zeit der Fremdensaison stattfinden. Nach einem Gutachten des Oberbaurats **Meckel** in Freiburg wird infolge der Wasserbewirtschaftung das Landschaftsbild nicht leiden. Ob im nächsten Jahr mit dem **Bau der Oberstufe des Schluchseewerkes** begonnen werden kann, hängt von der **Inangriffnahme** der **Elektrifizierung der badischen Hauptlinie** ab. Daß die Reichsbahngesellschaft interessiert ist, am Schluchseewerk beteiligt zu werden, ist bekannt. Doch kann ich darüber keine detaillierten Angaben machen, da sich noch alles in der Schwebe befindet. Sobald ein Ergebnis vorliegt, wird der **Landtag** um seine Zustimmung gebeten werden. Dann wird auch der Zeitpunkt gekommen sein, den Lantag an Ort und Stelle unterrichten zu lassen. Der Minister betonte schließlich, die Regierung habe absolut keinen Anlaß zu Geheimniskrämerei. Die Pläne lagen und liegen offen im Bezirksamt Neustadt. — Auf eine Aussprache wird verzichtet und nach einem kurzen Schlußwort des Abg. Dr. **Mayer-Karlsruhe** der Antrag des Ausschusses mit **großer Mehrheit angenommen.** Dagegen stimmten die Volkspartei und Bürgerl. Vereinigung, während sich die Kommunisten der Stimme enthielten. — Es folgt die **Abstimmung über den Nachtragsetat des Finanzministeriums** der ohne Debatte genehmigt wird.

Die Denkschrift über die Entwicklung des Straßenbauprogramms

wird zur Kenntnis genommen und einmütig dem Antrag Dr. **Mattes** (D. Volksp.) zugestimmt, den Gemeinden, für welche die Straßenbeitragskosten eine schwere Last bedeutet, Stundung zu gewähren. —

Abg. **Seubert** (Ztr.) berichtet dann über die **Gesuche des Verbandes bad. Gemeinden und des Gemeinderats Immendingen wegen Beseitigung der Spitkehre bei Immendingen.** 2. Der Stadtgemeinde Kühlsheim um Weiterbau der Bahn von Hardheim nach Külsheim. 3. Der Stadtgemeinde St. Blasien um Weiterbau der Bahn von Seebrugg nach St. Blasien. 4. Der vormaligen 2. Beamten der bad. Eisenbahnverwaltung um richtige Einstufung in die Reichsbesoldungsordnung. 5. Des Bahnhofinspektors a. D. Schwarz und Gen. betr. Regelung ihrer Gehaltsverhältnisse. Sämtliche Eingaben werden der Regierung **empfehlend überwiesen.**

Abg. **D. Mayer-Karlsruhe** (Bürg. Vgg.) berichtet über 30 **gleichlautende Eingaben** von Gemeinden aus den Aemtern Donaueschingen, Neustadt, Schopfheim und Waldshut, die sich gegen die Zusammenlegung der Grundbuchämter und den Abbau der Landnotariate wenden. Die Gesuche werden durch **Ueberweisung zur Kenntnisnahme** erledigt.

Es erfolgt hierauf eine Unterbrechung der Sitzung um eine halbe Stunde zur Abhaltung einer Sitzung des Haushaltsausschusses.

Um ¾6 Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet. Abg. **Marum** berichtet über die Beratung des Haushaltsausschusses betr. des

Finanzgesetz

Der Fehlbetrag erhöht sich infolge der angenommenen Beschlüsse in der Nachtragsberatung von 711 700 ℳ um 192 040 ℳ auf 903 740 ℳ, der ungedeckt übernommen werden soll. Der Fehlbetrag ist erträglich. Der Ausschuß beantragt, das Finanzgesetz zu genehmigen. Außerdem soll die Staatsschuldenverwaltung ermächtigt werden, unter Aufsicht und Leitung des Finanzministers im Wege des Staatskredits im Inland oder Ausland zu beschaffen:

a) die Mittel für die Instandsetzung der Landstraßen und zwar bis zum Betrage von 47 000 000 ℳ;

b) die Mittel für die Darleben zur Ansiedlung bad. Bauernsöhne im Osten des Reichs bis zum Betrage von 1 200 000 ℳ;

c) die Mittel für die Darleben zur Förderung der produktiven Erwerbslosenfürsorge bis zum Betrage von 7 500 000 ℳ. — Weiter wird die Staatsschuldenverwaltung ermächtigt, die nötigenfalls zur vorübergehenden Verstärkung der allgemeinen Staatsverwaltung nötigen Mittel auf dem Wege der Anleihen bis zum Höchstbetrage von 20 Millionen Mark aufzunehmen. Und schließlich soll der Betrag der aufzunehmenden Wohnungsanleihe von 10 Millionen auf 13 Millionen Mark erhöht werden, wovon ein Teilbetrag für Beamtenwohnungen verwendet werden soll.

Abg. Dr. **Engler** berichtet über die verschiedenen Steueranträge; die Abstimmungen erfolgen zunächst über die Steueranträge. Hierbei werden alle Anträge des Haushaltsausschusses angenommen, und sämtliche Abänderungsanträge abgelehnt. Bei dem nunmehrigen Steuersatz werden vom Betriebsvermögen 230 Hundertteile der festgesetzten Steuergrundbeträge erhoben; bei der **Grund- und Gewerbesteuer** wird die **Freigrenze** von 1500 auf 2500 ℳ erhöht. Weiter wurde ein Antrag angenommen, wonach es den **Gemeinden** freigestellt bleibt, die Gemeindesteuern erst vom 1. April 1927 an nach den Bestimmungen des Gesetzes zu erheben. Der Antrag betr. Erhebung von Gebühren für die geplante Autostraße Mannheim—Heidelberg wird ebenfalls angenommen.

Zum Schlusse erfolgte die

Abstimmung über das Finanzgesetz

Das Gesetz wird mit 45 gegen 3 Stimmen der Kommunisten, bei 11 Enthaltungen der Bürg. Vereinigung angenommen. Damit ist der Nachtrag zum Statsvoranschlag erledigt.

Abg. **Weißmann** gibt hierauf den Bericht des Ausschusses für Geschäftsordnung, Kanzlei u. Bücherei über die **Nachweisungen über die Erledigung der vom Landtag 1925/26 zu Protokoll niedergelegten Wünsche und Anträge.** Das Haus nimmt von den Nachweisungen Kenntnis.

Ueber einen Antrag betr.

Aenderung der Geschäftsordnung des Landtags

erstattet Abg. **Obkircher** Bericht. Der Antrag betrifft besonders eine Erweiterung der **Rechte des Ausschusses der Vertrauensmänner.** Weiter sollen bestimmte **Tagungsabschnitte** eingeführt werden. Den Antrag begründet Präsident Dr. **Baumgartner.** Die Arbeitsweise des Landtags sei in den letzten Jahren **nicht rationell** gewesen. Die Sitzungsperiode 1927/28 soll nun in drei Tagungsabschnitte eingeteilt werden. Der erste Abschnitt soll währen vom 4. November bis 15. Dezember, der zweite Abschnitt vom 15. Januar bis 15. März, während welcher Zeit das Budget behandelt werden soll, der dritte Abschnitt soll beginnen mit dem 15. Mai und enden am 30. Juni. Um diese Reform durchzuführen, muß der Ausschuß der Vertrauensmänner das gleiche Antragsrecht erhalten wie die übrigen Ausschüsse. Voraussetzung ist aber, daß auch die **Regierung** sich an die neuen Abmachungen hält. Die Regierung solle deshalb aufgefordert werden, ein Verzeichnis aller etwa beabsichtigten Gesetzentwürfe zu Beginn der Tagungsabschnitte vorzulegen. — Abg. **Bock** (Kom.) wendet sich gegen den Antrag; er befürchtet eine Schwächung der Rechte der Abgeordneten. — Abg. **Baumgartner** (Ztr.) bemerkt, Abg. Bock würde Gespenster sehen. — Ohne weitere Aussprache wird der Antrag gegen die drei Stimmen der Kommunisten angenommen. — Danach wird die Sitzung um 7.15 Uhr abgebrochen und Weiterberatung auf Donnerstag vormittag 10 Uhr festgesetzt.

Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung badischer Minister

Am Dienstag vormittag beriet der Haushaltsausschuß die Vorlage, die den Ruhegehalt und die Hinterbliebenenversorgung der Minister Dr. Remmele und Dr. Trunk regeln soll. (Die Pensionsansprüche der Minister Leers und Dr. Schmitt sind durch deren frühere Beamtenstellung gegeben.) Der Ruhegehalt soll aus der Besoldungsgruppe B 2, in der die Ministerialdirektoren sind, berechnet werden; er beträgt mindestens 40 Proz. des ruhegehaltsfähigen Diensteinkommens.

Der **Haushaltsausschuß** hat den Entwurf mit den Stimmen des **Zentrums**, der **Demokraten** und der **Sozialdemokraten** (14) gegen 4 Enthaltungen der Bürgerlichen Vereinigung und der Deutschen

Die Verkehrsprobleme der modernen Großstadtentwicklung

Von Dr. Karl Prinz

In wenigen Jahren werden die Weltstädte am Ende ihrer jetzigen Verkehrskünste angelangt sein. In Paris ist es heute schon so, daß man zu Fuß die Rue Rivoli oder einen der inneren Boulevards schneller durchquert, als im Autobus oder selbst im Privatauto.

Auch Neuyork helfen keine noch so fein ausgeklügelten Verkehrssignale und Verkehrstürme mehr. Die zur Verfügung stehende Verkehrsfläche wird dadurch nicht größer. Die in den Hauptverkehrsseiten die City passierenden Automobile bedecken heute schon einen Raum, der fast so groß ist, wie die gesamte zur Verfügung stehende Straßenfläche und werden in wenigen Jahren ein vielfaches dieser Fläche beanspruchen. Es ist klar, daß unter diesen Umständen all die buntfarbigen Ampeln, die weißen Handschuhe und Verkehrsmarschallstäbe der Polizisten dem Verkehrselend kein Ende bereiten können. Es muß mehr Raum geschaffen werden.

Das kann dadurch geschehen, daß man die Geschwindigkeit der Fahrzeuge erhöht, denn der Verkehrsraum ist eben nicht nur die einfach zur Verfügung stehende Fläche, sondern das Produkt aus dieser Fläche und dem Faktor ihrer Benutzung in einer bestimmten Zeitspanne. Wir kennen in Berlin dies Problem sehr gut von der Stadtbahn her, deren Verkehrsfläche für den Lokomotivbetrieb erschöpft ist, weil eine dichtere Zugfolge mit Dampfmaschinen nicht mehr ermöglicht werden kann. Die Verkehrsfläche der Stadtbahn kann aber sehr erweitert werden, indem man mit Hilfe der Elektrifizierung, die eine schnellere An- und Abfahrt ermöglicht, die Zugfolge verdichtet.

In den Verkehrsstraßen würde also zunächst eine Erhöhung der Fahrgeschwindigkeit gleichbedeutend mit der Vergrößerung des zur Verfügung stehenden Verkehrsraums sein. Die die Schnelligkeit verzögernden Elemente sind zunächst alle Fahrzeuge, die weit unter dem Durchschnitt der von der Mehrheit der Verkehrsmittel erreichten Schnelligkeit liegen. Deshalb steht man in Amerika dicht vor der allgemeinen Ausschaltung der Pferde- und Hundefuhrwerke auf den Straßen der City. In einzelnen Straßen Chikagos ist dies Verbot bereits durchgeführt. Das zweite Verkehrshindernis sind die Fußgänger, und hier beginnt bereits der Gedanke, der in der modernen Verkehrstechnik schließlich zu den Etagenstraßen führt, der Gedanke der Sortierung der Verkehrsmittel. Fußgänger sind für den modernen Großstadtverkehr ohne Frage eine höchst lästige Erscheinung. Sie haben sich inzwischen daran gewöhnt, daß der Fahrdamm, der ihnen vor drei Jahren noch genau so gehörte, wie der Bürgersteig, jetzt nur noch eine Gefahrenzone ist, die man zwischen dem Aufblinken zwei verschiedenfarbiger Lampen unter Aufbietung aller zur Verfügung stehenden körperlichen Kräfte mit höchster Geschwindigkeit durchmessen muß. Nun werden sie ganz von der Verkehrsstraße verbannt. Die Projekte variieren schon an diesem ersten Punkt. Die einen Verkehrstechniker wollen die unterste Straße der City von den Fußgängern säubern und die Bürgersteige gewissermaßen ins erste Stockwerk verlegen, von dort aus auch besondere Zugänge zu den Häusern, die ja meist Geschäftshäuser sind, schaffen. Das andere Projekt will den Fußgängern und den schweren Lastkraftwagen gerade die untere Straße lassen und die obere für den schnellen Automobilverkehr freihalten.

Da der Gedanke der Eisenbahnstraßen, die das gefährlichste Moment des schnellen Verkehrs den entgegenkommenden Wagen beseitigen, heute kaum noch aus den Grundsätzen der modernen Verkehrstechnik getilgt werden kann, so entsteht schon ohne weiteres die Notwendigkeit mindestens zweier Etagen über dem Straßenniveau, das den langsamen Lastfahrzeugen und den Fußgängern vorbehalten bleibt. Aber auch die öffentlichen Verkehrsmittel, wie Autobusse, und elektrische Bahnen mit ihren Haltestellen, sind eine periodische wiederkehrende Störung und Unterbrechung des Verkehrs. Die elektrischen Straßenbahnen, die vom Standpunkt des modernen Verkehrs überhaupt nur als Verkehrshindernisse bewertet werden können, weil ihnen das wichtigste Wahrzeichen des Verkehrs, das Steuer fehlt, und die einzig allein auf eine Bremse angewiesen sind, werden wahrscheinlich aus der modernen City überhaupt verschwinden. Aber für die Autobusse muß nach dem Projekt der amerikanischen Ingenieure eine besondere Straße und zwar wieder eine in zwei Eisenbahnstraßen geteilte Straße geschaffen werden. So fehlt schließlich noch der Raum für Park- und Tankplätze, der wiederum ein besonderes Stockwerk in Anspruch nimmt. Zum Schluß ergibt das moderne Projekt der Etagenstraßen ein System von 6 oder 7 übereinanderliegenden Straßen, je nachdem, ob noch eine besondere Autoschnellstraße eingefügt wird oder nicht.

Amerika wird mit der Verwirklichung dieser Projekte sehr bald beginnen müssen. In Chikago hat man am Chikago-River bereits eine Tunnelstraße für Automobile unter der normalen Verkehrsstraße geschaffen. Neuyork wird mit den ersten Etagenstraßen bald folgen und auch Berlin wird nicht in allzu ferner Zeit sich ernsthaft mit diesem Projekt beschäftigen müssen.

Schlußsingen der Singschule des Badischen Konservatoriums

Die zahlreiche Zuhörerschaft, die sich jeweils zum Schlußsingen der hiesigen Singschule in der Festhalle einstellt, konnte sich wieder an den in allen Teilen wohlgelungenen Darbietungen der verschiedenen Klassen herzlich erfreuen. Die Herren Etzkorn, Dzerunion, Feil und Großmann haben mit ihren Sängerklassen tatsächlich Vorbildliches erreicht. Es wird, was die Hauptsache ist, mi tviel Natürlichkeit gesungen. Die Kindlichkeit wird bei diesen Schulungen nicht angetastet, der Vortrag bleibt ursprünglich, alles Gezierte wird vermieden. Es gab auch diesmal wieder Leistungen, bei denen man das unschuldige Lächeln der Kinderseele mitschwingen fühlte. Wenn man feststellen muß, daß sich in den höheren Klassen die Reihen gelichtet haben, weil die Knaben mehr vom Sport als von der Kunst angezogen werden, so darf das nicht verstimmend wirken. Die Qualität bleibt, das beweisen die meisterlichen Vorträge des gemischten Chors. Sie sollen und dürfen nicht höher bewertet werden, als die Wiedergaben der einstimmigen, schlichten Volkslieder, die die ganz Kleinen ganz allerliebst sangen. Man stellt gerne fest, daß gute Disziplin herrscht, daß Aussprache, Tongebung in der hohen, mittleren und tiefen Lage gleichermaßen sorglich gepflegt werden, daß ein taktfestes Singen, das alles den sicheren Untergrund abgeben, für die Kulturarbeit, die hier geleistet wird. Die Herren Linnebach, Kraus und einige Instrumentalisten, sowie ein prächtig klingender Männerchor ließen den Aufführungen ihre beste Kraft. St.

Das Heidelberger Festspielbuch. Rechtzeitig zu den Heidelberger Festspielen erscheint auch in diesem Jahre wieder das Heidelberger Festspielbuch im Verlag von J. Hörning-Heidelberg als Veröffentlichung des Festspielvereins. Das von der Werkstatt der Pforte ausgestattete Buch bringt die einzige offizielle Ausgabe der Besetzungen der einzelnen Festspielwerke. Ein weiterer Theaterzettel erscheint also nicht mehr. Eine Reihe größerer literarischer Beiträge führt in die einzelnen Aufführungen der Festspiele ein. Friedrich Gundolf ist mit einem größeren Originalbeitrag über Shakespeares „Sommernachtsraum" vertreten. Richard Benz schreibt über Musik und Wort im Festspiel in Hinsicht auf das deutsche Drama im allgemeinen und Kleist im besonderen. Emil Alfred Herrmann berichtet über seine Einrichtung der Weberschen Musik zum „Käthchen von Heilbronn". Rudolf K. Goldschmit untersucht „Kleists Weg in unsere Zeit". Zu Shakespeares „Macbeth" leitet Herders kaum bekannter Aufsatz ein. Eine Zusammenstellung der wesentlichen überlieferten Dokumente berichtet über Kleists und Webers Beziehungen zu Heidelberg. Das Festspielbuch bringt außerdem die Bilder der Mitwirkenden der Heidelberger Festspiele.

Volkspartei angenommen. Gegen die Vorlage stimmte nur der kommunistische Vertreter. Die Befürworter wiesen auf die 8 bezw. 9jährige Ministertätigkeit von Dr. Remmele und Dr. Trunk unter sehr schwierigen politischen Verhältnissen — Staatsumwälzung 1918, Ruhreinmarsch, Inflationszeit usw. — hin und bezeichneten es als eine Ungerechtigkeit gegenüber den im Amte jüngeren Ministern Leers und Dr. Schmitt, daß ihre Ruhegehalts- und Hinterbliebenenversorgung noch nicht geregelt sei. Sie hätten sich zweifellos um die Konsolidierung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Badens große Verdienste erworben; es wäre ein Akt der Billigkeit, sie nach ihrem event. Ausscheiden aus der Regierung nicht zu benachteiligen. Auch in anderen Ländern — zuletzt in Württemberg — und schon früher im Reich seien die Pensionsverhältnisse der Minister endgültig geregelt, Baden könne nicht länger zurückbleiben.

Die Parteien, die sich der Stimme enthielten, gaben die Erklärung ab, daß die Koalitionsparteien die Vorlage eingebracht nud demgemäß sie zu verantworten hätten; auf die prinzipielle Seite gingen sie nicht ein. — Die Aussprache war kurz; die dann folgende Abstimmung hat das oben mitgeteilte Resultat gezeitig. Es herrschte der Eindruck vor, daß der Entwurf eine **Dankespflicht gegenüber Männern** ist, die seit fast einem Jahrzehnt das politische Schicksal des badischen Landes im günstigen Sinne beeinflußt haben.

Das Schluchseeprojekt

Hierauf gab die Regierung Auskunft über den Stand der Arbeiten am Schluchsee- und Titiseeprojekt. Die liberale Volkspartei hatte hierzu unterm 1. Juli 1927 eine Anfrage gestellt. Die Regierung gab eingehend Auskunft über alle die Fragen, die mit der Durchführung des Projektes und mit der Elektrifizierung der badischen Eisenbahnen zusammenhängen. Trotz der erschöpfenden Auskunft stellten Mitglieder der Volkspartei ganz unnütze Anfragen, die von der Regierung nicht beantwortet wurden. Angeblich waren es Gründe der Aesthetik, die zu diesen Anfragen führten, und dennoch hatte der aufmerksame Zuhörer das Gefühl, daß die ganze Volkspartei-Aesthetik weiter nichts ist wie vorgeschützte Gründe einer zur Regierung in Opposition stehenden Partei. Die förmliche Anfrage der Volkspartei wurde als durch die Erklärungen der Regierung für erledigt angesehen.

Freistaat Baden

Sonntagsruhe in Baden am Verfassungstag

Uns wird geschrieben:

In **Baden** ist seit dem Jahre 1923 der 11. August als **Verfassungstag** ein **gebotener Festtag**, d. h. an diesem Tage ist **Feiertagsruhe**. Wegen dieses Feiertags haben ursprünglich die Industriellen, schließlich aber auch die Landwirte Beschwerde erhoben, letztere mit der Erklärung, sie würden in der Erntezeit an der Arbeit gehindert, während im benachbarten Württemberg und auch in den übrigen deutschen Ländern eine Arbeitsruhe nicht erzwungen sei. In der Tat läßt sich auf die Dauer die unterschiedliche Behandlung dieser Frage in den deutschen Ländern nicht aufrecht erhalten, das umsoweniger, weil in **Württemberg** es mit der **Sonntagsruhe überhaupt recht mangelhaft** bestellt ist. Selbst an Feiertagen, wie z. B. dem Ostermontag, werden in Württemberg im großen Ausmaß allergröbste landwirtschaftliche Arbeiten verrichtet. Pflügen etc.) Der Umstand, daß die badisch-württembergische Grenze im Verhältnis zur Größe dieser beiden Länder außerordentlich lang ist und die weitere Tatsache, daß diese **Grenze überhaupt nur in rein landwirtschaftlichen Bezirken verläuft**, gibt der im Grenzgebiet beider Länder wohnenden landwirtschaftlichen Bevölkerung starke Gelegenheit, Vergleiche anzustellen. Wenn nun noch gar bei der Betrachtung über den 11. August als gebotenen Feiertag **politische Motive** eine Rolle spielen, dann hat man die Erklärung dafür, weshalb gerade in landwirtschaftlichen Kreisen der 11. August als Feiertag nicht oder nur ungern hingenommen wird. Es ist deshalb eine reichsrechtliche Regelung für den Verfassungstag eine der dringendsten politischen Aufgaben der Reichsregierung und des Reichstags.

Das für den Verfassungstag bestehende **Verbot der öffentlichen Arbeiten** in der **Landwirtschaft** hat **Ausnahmebestimmungen** für den Fall, daß infolge der **Witterungsverhältnisse unverschiebbare** Arbeiten geleistet werden müssen. Auch kann die **Ortspolizeibehörde für unverschiebbare** Arbeiten in der Landwirtschaft **Nachsicht** erteilen, wenn die Notwendigkeit der Sonntagsarbeit vom Unternehmer nicht absichtlich herbeigeführt worden ist. Der Stand der landwirtschaftlichen Arbeiten ist im laufenden Jahre infolge der schlechten Witterungsverhältnisse kein günstiger.

Der **Minister des Innern** hat infolgedessen durch **Erlaß an die Bezirksämter nach Maßgabe** der landesherrlichen Verordnung vom Juni 1892 (§ 5 Abs. 2) **allgemeine Nachsicht angeordnet** und insbesondere darauf hingewiesen, daß es nicht Aufgabe der Polizei- und Gendarmeriebehörde sein könne, durch eine intensive Umschau eine große Zahl von Straffällen zur Anzeige zu bringen. Er hat weiter auch im Zusammenhang mit den Anordnungen der Reichsregierung über die **Feier des Verfassungstages** durch die Reichsbehörden die **Bezirksämter verpflichtet**, mit den Behörden der großen Gemeinden im Lande über die **Durchführung der Verfassungsfeier** in **Verhandlungen** einzutreten. Auch soll die **Bezirksbehörde** zu dem gleichen Zwecke mit den **republikanischen Parteien** und **Vereinigungen** in **Verkehr** treten.

Die badischen Polizeioffiziere gegen den kommunistischen Abg. Ritter. Die Vereinigung badischer Polizeioffiziere hat den Minister des Innern ersucht, dem Landtag folgende Erklärung zuzustellen:

„Gegen die in der Rede des Abg. Ritter im Landtag des Volksstaates Baden am 12. Juli 1927 nachmittags aufgestellte Behauptung, die Badischen Polizeioffiziere ständen nicht auf dem Boden der Verfassung und seien monarchistisch eingestellt, legt die Vereinigung der Badischen Polizeioffiziere nachdrücklichst Verwahrung ein.

Wir Polizeioffiziere haben den Eid auf die republikanische Verfassung geleistet und nehmen für uns in Anspruch, daß unser Eid so ernst genommen wird, wie es bei jedem von Pflichtgefühl und althergebrachter Beamtentreue erfüllten Menschen zutrifft. Wir sehen in unserer Dienstleistung nicht eine reine juristische Erfüllung unserer Eidesleistung, sondern wir verlangen, daß man überzeugt ist, daß wir mit unserer ganzen Person entsprechend unserem Eid unseren Dienst am Volke tun. Werden daran Zweifel ausgesprochen, so betrachten wir solches als **beabsichtigte** und **bewußte Verleumdung.**"

Diese Erklärung der badischen Polizeioffiziere ist klar, deutlich und unzweideutig. Die Organisation der Polizeibeamten ließ bekanntlich schon während der Landtagssitzung in der letzten Woche, als das Polizeibeamtengesetz beraten wurde, durch den Abg. Gen. Weißmann sofort erklären, daß die Polizeibeamten nichts mit den Kommunisten zu tun haben und die Ausführungen des Abg. Ritter entschieden ablehnen. Die Kommunisten, die sich sonst nicht genug tun können in der Beschimpfung der Polizei, glaubten durch eine zahme Rede des Herrn Ritter, bei den Polizeibeamten Eindruck machen zu können; die Erklärung unseres Gen. Weißmann zeigte ihm, daß sie daneben spekuliert haben. Die Feststellung der Polizeioffiziere beraubt die Kommunisten eines weiteren Agitationsmittels. Es gelingt ihnen nicht, durch Lob und geheuchelte Sympathiebezeugung gegenüber den Polizeibeamten und durch Beschimpfung und Verleumdung der Polizeioffiziere, Zwietracht in die Polizei zu bringen.

Auszeichnung. Die Gewerbeschule Heidelberg erhielt anläßlich der in der Zeit vom 9. bis 14. Juli ds. Js. in Heidelberg stattgefundenen Fachausstellung für das Blechner- und Installateurgewerbe vom Preisgericht die goldene Medaille mit Auszeichnung für ausgestellte Lehrgänge nebst Schulmodellen der Fachabteilung für Blechner und Installateure zuerkannt.

Partei-Nachrichten

Bekanntmachungen des Parteisekretariats

Ettlingen: Freitag, den 22. Juli, abends 8.30 Uhr, in der „Krone" erweiterte Mitgliederversammlung mit Vortrag des Reichstagsabgeordneten Gen. Maier-Freiburg über „Die politische Situation im Reich, unter besonderer Berücksichtigung der Finanz- und Steuerpolitik". Im Anschluß hieran wird Gen. Zähringer referieren über die Bedeutung der Parteipresse und ihre Verbreitung.

Kappelrodeck: Sonntag, den 24. Juli, vormittags 10 Uhr, im „Rebstock" Mitgliederversammlung. Landtagsabgeordneter Genosse Kurz-Grötzingen spricht über „Die Tätigkeit des Landtags" und „Die Bedeutung der Parteipresse und ihre Verbreitung".

Hörden Amt Rastatt: Sonntag, den 24. Juli, 20jähriges Stiftungsfest mit Bezirksfeier der Partei- und Gesangvereine. Gen. Reinmuth wird sprechen.

Bruchsal: Montag, den 25. Juli, abends 8 Uhr, im Nebenzimmer des „Kaffee Strauß" Frauenversammlung mit Vortrag der Stadtverordneten Genossin Lang-Karlsruhe über „Die gemeinpolitische Tätigkeit der Frau".

Von den Genossinnen und Genossen wird erwartet, daß sie vollzählig diese Veranstaltungen besuchen und unter unseren Gesinnungsgenossen für den Besuch werben.

Das Parteisekretariat.

Die Ortsvereinskassierer werden um die Einsendung der Abrechnung für das 2. Quartal — April, Mai, Juni — dringend ersucht. Mitzusenden sind 2 ℳ für das jedem Ortsvereinsvorsitzenden übersandten Parteitagsprotokoll, ferner der ausgefüllte Abrechnungsvordruck für die Gemeindewahlen.

Forchheim. Soz. Arbeiterjugend. Donnerstag: Reigenabend. Sonntag: Voraussichtlich Wanderung an die Gertelbachwasserfälle, näheres am Donnerstag. Erscheinen sämtlicher Genossinnen und Genossen ist Pflicht.

Hohenwettersbach. Morgen Donnerstag, 21. Juli, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus zur „Kanne" eine Parteiversammlung statt, wozu die Parteigenossen eingeladen sind mit der Bitte vollzählig zu erscheinen.

Aus der Stadt Durlach

Verhaftet wurde am Dienstag ein aus Weidenthal i. B. stammender 48 Jahre alter verheirateter Arbeiter, der durch Vornahme unzüchtiger Handlungen öffentliches Aergernis erregte.

Berliner Devisennotierungen (Mittelkurs)

	18. Juli Geld	18. Juli Brief	19. Juli Geld	19. Juli Brief
Amsterdam . . . . . 100 Fl.	168.52	168.86	168.22	168.58
Italien . . . . . 100 L.	22.82	22.86	22.815	22.86
London . . . . . 1 Pfd.	20.42	20.47	20.39	20.44
Newyork . . . . . 1 Doll.	4.2065	4.2145	4.200	4.208
Paris . . . . . 100 Fr.	16.46	16.50	16.44	16.48
Prag . . . . . 100 Kr.	12.47	12.49	12.45	12.47
Schweiz . . . . . 100 Fr.	80.895	81.115	80.835	80.95
Spanien . . . . . 100 Pes.	71.84	71.98	71.83	71.97
Stockholm . . . . . 100 Kr.	112.64	112.86	112.48	112.70
Wien . . . . . 100 Schilling	59.14	59.26	59.13	59.25

Vereinsanzeiger

Bis zu 4 Zeilen 50 Pfg. die Zeile — Bei 5 u. mehr Zeilen 60 Pfg. die Zeile

Vergnügungsanzeigen finden unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, oder werden zum Reklamezeilenpreis berechnet.

Karlsruhe

Freie Turnerschaft. Sämtliche passiven Turngenossen, welche nach Niefern gehen, mögen sich heute abend ½8 Uhr auf dem Turnplatz einfinden, da noch dringend Kampfrichter benötigt werden.

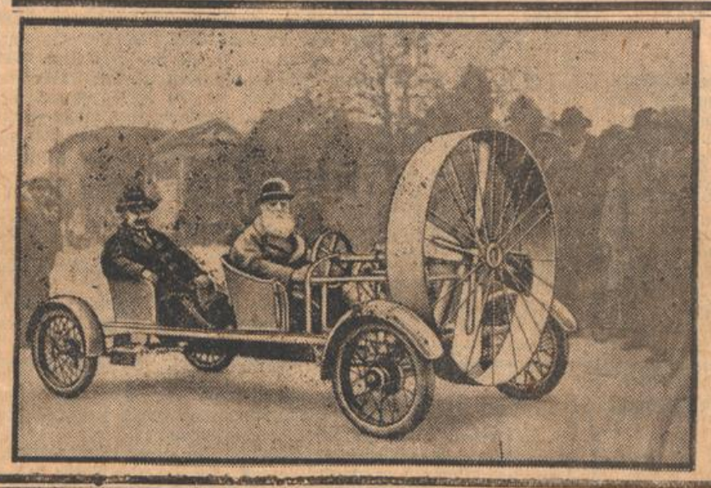
Bruchheilung. Die orthopädische Bruchbehandlung, — Heilung ohne Operation, — lag früher meist in Händen von Laien, die sich damit begnügten, dem Patienten durch Anlegen eines Bruchbandes einen Notbehelf zu verschaffen. Hierdurch wurde aber oft das Gegenteil erzielt, nämlich eine Verschlimmerung des Leidens und damit Erhöhung der Einklemmungsgefahr und weitere Verminderung der Arbeitsfähigkeit. Eine fachgemäße Belehrung über Entstehung des Bruches und dessen Zurückbringen konnte dabei ebensowenig stattfinden, wie seine Heilung auf Grund wissenschaftlicher, orthopädischer, ärztlicher Maßnahmen.

Das ärztliche Institut „Hermes" (Dr. med. H. L. Meyer) Hamburg, Esplanade 6, hat es sich daher zur Aufgabe gemacht, diesem bisher stiefmütterlich vernachlässigtem Gebiet der Heilkunde seine besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Es ist ihm gelungen, eine Methode auszuarbeiten, und deren Bewährung an tausenden von Patienten zu erproben, welche zu überraschend guten Erfolgen führte.

Durch diese vorzügliche und denkbar einfache orthopädische Bruchbehandlung wurden schon mehrfach schwierige Fälle ohne die geringste Berufsstörung in ungefähr 4 Wochen restlos beseitigt.

Wir verweisen daher auf die regelmäßig stattfindenden Sprechstunden des Vertrauensarztes vom „Hermesinstitut" Hamburg.

„salus aegroti suprema lex" = „Das Wohl des Kranken ist oberstes Gesetz".



Neues von der Verkehrstechnik

Unser Bild zeigt ein Windauto, das vom Wind getrieben wird. Das eine Geschwindigkeit bis zu 120 Kilometern entwickelnde Fahrzeug (pro Stunde) ist eine Erfindung des französischen Konstrukteurs Vetori.

Geschäfts-Eröffnung.

Frieda Heuberger
Ecke Zirkel und Herrenstraße
Regenschirme * Spazierstöcke
Erstklassige Fabrikate / Gute persönliche Bedienung / Mäßige Preise / Beziehen und Reparieren in kürzester Zeit / Sorgfältige fachgemäße Ausführung 5866
Durch neunjähr. Tätigkeit als Geschäftsführerin bei Frank & Co., Schirmfabrik, Kaiserstraße Nr. 110, bestens empfohlen.

Amtliche Bekanntmachungen

Mit Zustimmung des Stadtrats und nach Vollziehbarkeitserklärung des Herrn Landeskommissärs vom 8 Juli 1927 wird die Bauordnung für die Landeshauptstadt Karlsruhe wie folgt geändert:

In der Anlage 1 Straßenverzeichnis 106 der städt. Bauordnung, wird an der durch die alphabetische Reihenfolge gebotenen Stelle gesetzt:

Straße	Straßenstrecke	Bauklasse
Karlstraße westl. Seite	zwischen Reichs- und Hohenzollernstraße	6

Karlsruhe, den 14. Juli 1927 1393

Der Oberbürgermeister.

Ziehung **garantiert unwiderruflich** 4. u. 5. August 1927
4. Freiburger Münster-Geldlotterie
4467 Geldgewinne u. 1 Prämie, zus. RM.
80,000
50,000
40,000
10,000
2 zu **2,000**
1000 -
Höchst-Hauptgew.
Lose **3 Mk.** Porto u. Liste 30 Pfg. extra, empfiehlt
Eberhard Fetzer
Karlsruhe i. B., Ostendstr. 6
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 19876
sowie die staatl. Lotterie-Einnehmer und bekannten Verkaufsstellen.
Hier zu haben bei Firma **Carl Götz**, Inh. E. Zwerg, staatl. Lotterieeinnehmer. 961

Damenfahrrad guterh. 45.— Mk., **Herrenfahrrad** guterh. 35.— Mk., **Damenfahrrad** wie neu 65.— Mk., **Herrenfahrrad** wie neu 60.— Mk., **Emailherd** wie neu 65.— Mk., **Emailherd** guterh. 35.— Mk., **Nähmaschine** wie neu 110.— Mk., **Nähmaschine** guterh. 35.— Mk. **Neue Fahrräder, Nähmaschinen** und **Herde** gegen staunend günst. Teilzahlungen abzugeben.
Kunzmann, Zähringerstr. 46
Karlsruhe 977

Putzfrau
gesucht. Aeltere zuverlässige Witwe zum Instandhalten der Wohnung zu alleinstehendem Mann gesucht. Offert. u. **W. H.** 5874 a. d. Volksfreundbüro

?
Wer
führt Ihnen neue Kunden zu
Die Zeitungsanzeige
im
Volksfreund

Eleganter, weißer
Kinderwagen
fast neu, preiswert zu **verkaufen.** Anzusch. Werktags von 1—½3 Uhr mittags. **Morgenstr. 31,** IV. Stock links. 586

Küchenschrank, Tisch, 2 Stühle 25 ℳ, Tisch 70/120 12 ℳ, Tisch u. 4 Stühle, neu, 55 ℳ, Küchenkredenz 26 ℳ, schöne Schränke 1,30 br. 25 u. 28 ℳ, sand. Bett 40 u. 55 ℳ, 2 gleiche nußb. Nachttische m. weiß. Marm. 32 ℳ, 2 Bilder 25 ℳ, Fauteuil 10 u. 3 ℳ bei **Schuster,** Werkf. 5867 **Ludwig-Wilhelmstr. 18.**

Warnung! 882
Achten Sie bitte genau beim Einkauf von
Scheuers Doppel-Ritter-
Kaffee-Zusatz im gelben oder roten Hufeisenpäckl stets auf das Fabriksiegel „S im Hufeisen", denn Sie wollen doch nur ein wohlbekömmliches und kräftigschmeckendes
Kaffeegetränk
Georg Jos. Scheuer
Stammfabrik Fürth i. B., gegründet 1812

Trauerbriefe liefert schnell und billig Verlagsdruckerei Volksfreund G. m. b. H.

Todes-Anzeige.
Am 19. Juli verstarb infolge Unglücksfalles im Betrieb unser lieber langjähriger Vorstand
Adolf Haberstroh
im Alter von 52 Jahren. 952
T.-Neureut, 19. Juli 1927
„Die Naturfreunde" Ortsgruppe Neureut

Todes-Anzeige.
Tief erschüttert teilen wir Bekannten und Freunden mit, daß heute mein innigstgeliebter Mann, unser lieber Bruder, Onkel und Schwager
Adolf Haberstroh
Arbeiter in der Hauptwerkstätte
infolge tödlichen Unfalls im Betrieb im Alter von 52 Jahren verschieden ist.
T.-Neureut, 19. Juli 1927.
Die tieftrauernden Hinterbliebenen:
Frau Luise Haberstroh
August Haberstroh und Familie. 953

Unser lieber Vater
Ludwig Müller
wurde von seinem schweren Leiden unerwartet rasch erlöst.
Karlsruhe, 19. Juli 1927.
In tiefem Leid
Elise Engelhardt Ww.
Lina Sturm
Maria Chmielewski } geb. Müller
Michael Sturm, München
Hans Chmielewski
Sieben Enkel
Feuerbestattung Donnerstag ½2 Uhr. 5871

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, den 20. Juli 1927

Geschichtskalender

20. Juli: 1304 *Ital. Dichter Franc. Petrarca. — 1832 †Satiriker Karl Jul. Weber. — 1856 †Dänischer Dichter Emil Aarestrup. — 1870 †Augenarzt Albrecht v. Gräfe. — 1908 †Soz. Franz Josef Erhart. — 1917 Finn. Landtag beschließt Unabhängigkeit Finnlands. — 1921 †Sozialpol. Dr. Hitze (Ztr.).

Zur Erhöhung des Milchpreises

wird uns geschrieben: Nachdem in verschiedenen Tageszeitungen von landwirtschaftlicher Seite der Boden für eine Steigerung des Milchpreises vorbereitet worden war, ist nun wieder Erwarten am 16. ds. Mts. der Milchpreis heraufgesetzt worden. Und merkwürdigerweise tut dieselbe Presse, die sich fleißig an der Stimmungsmache für Erhöhung des Milchpreises beteiligt hat, so, als wäre sie von diesem Ereignis überrascht worden. Es wird dabei so ein bißchen Bedauern mit den geplagten Hausfrauen geheuchelt. Wer Zeit übrig hat, möge sich darüber wundern, wir aber müssen nach dem Grund für die Steigerung des Preises eines immer als wichtigstes gepriesenen Nahrungsmittel fragen. Und da müssen wir feststellen, daß ein stichhaltiger Grund nicht vorhanden war. **Aus dem ganzen Reiche ist von einer Steigerung des Milchpreises nichts gemeldet worden. Baden allein will sich offenbar den Rang nicht streitig machen lassen, die teuerste Milch zu produzieren.**

Es ist aufgefallen, daß die badischen Städte die Erhöhung des Milchpreises nicht gleichmäßig vorgenommen haben, obwohl sie im Verbande badischer Milchbedarfsgemeinden zusammengeschlossen sind. Ein schärferes Vorgehen des Vorsitzenden des Verbandes gegen derartige Disziplinwidrigkeiten wäre unbedingt am Platze. Aufgefallen ist besonders, daß die Stadt Baden-Baden den Milchpreis ohne Rücksicht auf die übrigen Städte vorzeitig erhöht hat, und es muß gefragt werden, ob der Stadtrat von Baden-Baden davon Kenntnis hatte oder ob der Geschäftsführer der Milchzentrale eigenmächtig vorgegangen ist. Denn die Stadt Baden-Baden hat durch ihr Verhalten nicht nur ihrer eigenen Bevölkerung die Milch unberechtigterweise verteuert, sondern auch den Anstoß zur allgemeinen Preissteigerung für Milch gegeben. Von dem derzeitigen Geschäftsführer der Milchzentrale in Baden-Baden kann nach alledem, was von ihm bekannt geworden ist, keine Rücksicht auf die kinderreiche und ärmere Bevölkerung der Stadt erwartet werden. Er betreibt die Milchzentrale offenbar nur mit Rücksicht auf den Geldbeutel der Fremden und Kurgäste. Mag sich die Stadt Baden-Baden vielleicht damit abfinden, so muß doch auf's schärfste dagegen Protest erhoben werden, daß durch die Nichtbeachtung der Beschlüsse des Verbandes badischer Milchbedarfsgemeinden eine allgemeine Steigerung des Milchpreises eingeleitet worden ist.

Wenn immer betont wird, daß stabile Preise den Bedürfnissen der Landwirtschaft am dienlichsten seien, dann sollten die Beteiligten nun auch endlich dazu übergehen, Preisänderungen für Milch nicht nur für wenige Tage und Wochen, sondern doch mindestens für die Dauer eines halben Jahres vorzunehmen. Auch für die Verbraucher in den Städten wäre eine derartige Regelung erwünschter, als das bloße Spielen mit der Verbilligung der Milch.

Quartalsversammlung des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter

Am Sonntag, den 17. Juli, tagte unsere Quartalsversammlung im neuen Volkshaus in Karlsruhe. Der **Kassenbericht** vom 2. Quartal fand keine Beanstandung. Der **Gauleiter Kollege Schmitz-Mannheim** referierte sodann über das Verschmelzungsstatut in eingehender Weise. Obwohl die Mitgliedschaft in Baden verschmelzungsfreundlich eingestellt ist, so sei aber der Statutenentwurf in seiner jetzigen Fassung unannehmbar. Ob er so verbessert werden kann, daß unsere Mitglieder nicht zu Schaden kommen, ist zweifelhaft. Durch die Artikel in der Verbandszeitung sind die Kollegen erst gewahr geworden, welch einschneidende Veränderungen die Verschmelzung mit sich bringen wird. Die Bäckergruppe stellt immer wieder neue Ansprüche und wird wenig Liebe in die Ehe mitbringen. Man müsse sich daher die Sache nochmals gründlich überlegen.

Nach einer kurzen zustimmenden Diskussion und nachdem Kollege Hilz noch den finanziellen Aufbau der Invaliden- und Pensionskasse behandelt hat, wurde zur Verschmelzungsfrage folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Die heute, den 17. Juli im Volkshaus in Karlsruhe tagende Versammlung stellt fest, daß unsere Mitglieder der Verschmelzungskommission ihr möglichstes getan haben, eine auf Grund des Beschlusses des Augsburger Verbandstages und der Urabstimmung zur Verschmelzungsfrage, den Interessen unserer Mitglieder dienende Grundlage zu finden. Das vorgelegte Statut gewährleistet aber weder ein gedeihliches Zusammenarbeiten in idealistischer Beziehung, noch bietet dasselbe eine Grundlage für die materiellen Belange unserer Mitglieder, so daß der immer stärker werdenden Opposition innerhalb unseres Verbandes die Berechtigung nicht abgesprochen werden kann. Nachdem die Opposition sich aber bis zur Parole verdichtet hat: **Nur Verschmelzungsgegner** auf den Verbandstag zu wählen, so ist dem Beschluß des Augsburger Verbandstages der Boden entzogen und eine gedeihliche Lesung der Verschmelzungsfrage auf Grund des vorgelegten Statutenentwurfes nicht mehr zu erwarten. Die Versammlung verpflichtet daher den Delegierten des 37. Wahlkreises einer Auflösung des Verbandes nach § 58 Abs. 1 die Zustimmung zu versagen. Eine Verschmelzung des Böttcherverbandes begrüßen die Versammelten auf das lebhafteste, als den ersten Schritt zum Ausbau der Industrieorganisation in der Getränkeindustrie.

Es wurde auch der Antrag angenommen, den nächsten Verbandstag in Karlsruhe abzuhalten. Als Kandidat zum Verbandstag wurde einstimmig Kollege Hilz aufgestellt und beschlossen, der Zahlstelle Kaiserslautern den Ersatzmann zu überlassen.

Hierauf berichtete Kollege Hilz über die Vereinbarungen, welche wegen dem Arbeitszeitnotgesetz mit den Arbeitgebern getroffen wurden. Mit dem Mittelbadischen Brauereiverband wurde auch auf Grund des Arbeitsgerichtsgesetzes eine Vereinbarung getroffen, wonach das Tarifschiedsgericht für das ganze Verbandsgebiet in Kraft tritt. Es wurden auch gleich die Beisitzer zum Tarifschiedsgericht in Vorschlag gebracht. Im Herbst soll das 35jährige Stiftungsfest abgehalten werden. H.

(:) **Den Verletzungen erlegen.** Der Maurer Jakob Großmann, der am Mittwoch bei einem Umbau am Rondellplatz infolge Rutschens eines Gerüstdielens vom zweiten Stock in den ersten Stock stürzte, ist seinen Verletzungen erlegen, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben.

* **Der Beisitzer-Ausschuß des Arbeitsgerichts Karlsruhe.** Bei der am Montag stattgefundenen und den ganzen Tag gedauerten Installierung des Arbeitsgerichts, über die wir gestern berichteten, wurde bei der Wahl des Beisitzer-Ausschusses seitens der Arbeitnehmer die Vorschlagsliste der freien Gewerkschaften gewählt und zwar Gewerkschaftssekretär Koch, Metzger vom Eisenbahnerverband und Oberle von der Afa.

* **Brand in Mühlburg.** Heute früh brannte in der Fabrik Gießereibedarf durch Selbstzündung ein Waggon Kohlenstaub, der für Gießereizwecke Verwendung finden sollte. Die Feuerwache konnte nach etwa einstündiger Löscharbeit wieder abrücken.

Die Instandhaltung der städtischen Straßen und die Kraftfahrzeugsteuer

Dazu wird uns geschrieben: Die immer steigende Inanspruchnahme der städtischen Finanzen durch die Notwendigkeit hygienisch und wirtschaftlich einwandfreier Unterhaltung und Erneuerung der Straßen ist heute allgemein bekannt. Durch die Unmöglichkeit, während der Nachkriegszeit für Straßeninstandsetzung das Erforderliche zu leisten, namentlich aber durch die Entwicklung des Kraftwagenverkehrs sind Zustände geschaffen, die als ganz unhaltbar bezeichnet werden müssen und dringend der Abhilfe verlangen. Die finanziellen Opfer, die die Städte zur Zeit für eine dem neuzeitlichen Verkehr genügende Herrichtung ihres Straßennetzes zu bringen haben, werden heute schon recht drückend empfunden und sind für die nächste Zukunft eine große Sorge der städtischen Verwaltungen.

Auch der Staat hat sich für sein 3480 Kilometer betragendes Landstraßennetz zu weitgehenden Verbesserungsmaßnahmen entschließen müssen. Er will für die Unterhaltung der Landstraßen jährlich 5,963 Millionen Mark und für außerordentliche Instandsetzungen in den nächsten 3—4 Jahren rund 71,67 Millionen Mark aufwenden. Der Staat hat indeß zur Mittelbeschaffung für seine Straßeninstandsetzungen wachsende Einnahmen (im laufenden Rechnungsjahr voranschlagsmäßig 4,6 Millionen Mark) aus der Kraftfahrzeugsteuer, die er ganz für sich in Anspruch nimmt, während die Städte bei Unterhaltung ihrer Straßen ausschließlich auf Umlagemittel angewiesen sind.

Hierin liegt zweifellos eine schwere Unbilligkeit, denn der Sinn des Kraftfahrzeugsteuergesetzes ist doch der, die Benützer der Straßen zur Bestreitung eines Teiles der Unterhaltungskosten unmittelbar heranzuziehen zur Entlastung derjenigen, denen die Pflicht der Unterhaltung obliegt. Man sollte meinen, daß auch die **Städte,** etwa im Verhältnis ihrer Leistungen, **ebenfalls an den Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer beteiligt werden würden.** Keine Rede davon, im Gegenteil: Der Landtag soll demnächst über eine Abänderung des bestehenden Straßengesetzes Beschluß fassen mit dem Ziele einer neuen Belastung der Städte. Es handelt sich um die Abänderung einer seit Jahren bestehenden Bestimmung, wonach die Gemeinden zu gewissen Beitragsleistungen zu den Kosten derjenigen Landstraßen verpflichtet sind, die außerhalb Ortsetter ihre Gemarkung berühren oder durchziehen. Diese Beiträge werden bisher nach dem Verhältnis der Straßenlängen eines bestimmten Kreisgebiets berechnet. Künftighin soll neben der Straßenlänge auch noch die Einwohnerzahl der Gemeinden mit in Rechnung gestellt und dadurch die Beitragsleistung der großen Städte vervielfacht werden mit der Begründung, daß ja die Städte es sind, aus denen der größte Teil des die Landstraßen abnützenden Kraftwagenverkehrs herkommt.

Auf diese Weise wird aber der Sinn der Kraftfahrzeugsteuer nun doch schon auf den Kopf gestellt. Wenn man schon zugibt, daß die Städte der Sitz der die Weginstandsetzungskosten steigernden Kraftfahrzeuge sind, so ist doch auch selbstverständlich, daß sie als Straßenunterhaltungspflichtige zuerst und am meisten durch die Zerstörung ihrer Straßen belastet werden und deshalb auch entsprechend an der Kraftfahrzeugsteuer beteiligt sein sollen. Anstatt dessen aber die Städte noch zu einem vielfachen der bisherigen Beitragsleistungen für die Landstraßen heranziehen zu wollen, muß auf die städt. Steuerzahler geradezu aufreizend wirken. Es mag sein, daß die Beitragspflicht aufgrund der bisherigen Bestimmungen des Straßengesetzes von kleineren finanzschwachen Gemeinden drückend empfunden wird und insoweit gemildert werden sollte, es kann aber nicht angehen, diese Schwierigkeiten dadurch aus der Welt zu schaffen, daß man die Städte zugunsten der kleineren Gemeinden um ein Vielfaches höher als bisher belastet, dieselben Städte, denen entgegen allem Sinn des Gesetzes keinerlei Einkünfte aus der Kraftfahrzeugsteuer zugebilligt werden.

Eine derartige Inanspruchnahme der Städte ist ungerecht und unlogisch; man überlege sich doch: Sämtliche Straßen des Landes dienen dem öffentlichen Verkehr. In die Unterhaltungspflicht der Straßen teilen sich die öffentlichen Körperschaften, das Land, der Kreis und die Gemeinde. Dabei besteht hinsichtlich der Mittelbeschaffung zwischen zwei Möglichkeiten die Wahl, entweder die Straßen sind für die gesamte öffentliche Wirtschaft von solcher Bedeutung, daß die notwendigen Mittel für ihre Instandhaltung in vollem Umfange von der Gesamtheit aufgebracht werden müssen, oder es ist berechtigt, hierzu die Benützer der Straßen mit heranzuziehen und eine Kraftwagensteuer zu erheben. Im letzteren Falle müssen die Erträgnisse der Steuer allen Straßenunterhaltungspflichtigen im Verhältnis ihrer Leistung zugute kommen. Das wäre der Sachlage entsprechend gerecht! Was dagegen heute die badische Regierung anstrebt, ist eine ungebührliche Doppelbelastung eines der Unterhaltungspflichtigen (der Städte) und führt, steuerlich betrachtet, dahin, daß die Landesregierung der Mühe und Sorge zum Zwecke der Unterhaltung der Landstraßen die normalen Steuern zu erhöhen, enthoben ist, die Städte aber gezwungen werden, ihre Umlage immer noch höher zu schrauben.

(:) **Der Touristenverein „Die Naturfreunde",** Ortsgruppe Karlsruhe, veranstaltet am nächsten Sonntag wieder eine seiner beliebten Kinderwanderungen. Dieses mal ist das Ziel wiederum das schöne sogenannte Eichenwäldle hinter der Gartenstadt Rüppurr. Einen Sonntag für die Kinder (bis zum 14. Lebensjahr) im wahren Sinne des Wortes ist jeweils dieser Tag. Die Kinder haben nichts mitzubringen als Eßbesteck, Trinkgefäß und was sonst an Eßwerkzeugen notwendig ist. Spiele aller Art und sonstige Unterhaltung wird Alt und Jung zusammenhalten. Es wird jedoch dringend gebeten, die Kinder noch bis zum Freitag abend bei der Vereinsleitung anzumelden. Also auf am Sonntag zum „Eichenwäldle". Ed.

(:) **Eheschlichtungsstelle.** Man schreibt uns: Vor einigen Monaten wurde hier im Rathaus eine Eheschlichtungsstelle eröffnet. Ihr Zweck liegt im Namen. Das junge Unternehmen, mit den privaten Mitteln einer Menschenfreundin gegründet, weist in der kurzen Zeit seines Bestehens eine so stattliche Zahl von Besuchern auf, daß man ein Bedürfnis wohl als vorhanden annehmen darf. Ebenso wie bei Rechtsauskunftstellen und ähnlichen Fürsorgeeinrichtungen ist es eine, auch in diesem Fall psychologisch wohl begreifliche Gepflogenheit der Besucher, über einen günstigen Ausgang der Vermittlung der Eheschlichtungsstelle keine Mitteilung zu machen. Dies ist zu bedauern, da hierdurch ein genauer Ueberblick über den Erfolg schwer zu erhalten ist. Jedoch liegen deutliche Anzeichen dafür vor, daß schon in gar manchem Fall Gutes geleistet wurde. Die klare vorurteilslose Aussprache mit der psychologisch geschulten Leiterin der Eheschlichtungsstelle hat vielfach dazu geführt, daß die Ratsuchenden die Ursachen der ehelichen Entfremdung erkannten und ihr Verhalten darnach korrigierten. Zweifellos ist den meisten Menschen in einer menschlich schwierigen Lage der Blick für eine objektive Beurteilung getrübt. Die Eheschlichtungsstelle bietet in diskretester Form die Möglichkeit, sich auszusprechen und in allen praktischen Fällen Rat zu holen. Die Eheschlichtungsstelle steht mit verschiedenen amtlichen und privaten Stellen in Verbindung und ist in der Lage, je nach der Art der vorkommenden Fragen die Ratsuchenden an die geeigneten Stellen persönlich zu empfehlen. Die Beratungsstunden finden Montag und Donnerstag Abend von 6 bis 8 Uhr im Rathaus 1. Stock statt.

(:) **Tierschutzverein Karlsruhe.** In der Mitgliederversammlung vom 12. ds. Mts. machte der Vorsitzende, Dr. Eberbach, Ausführungen über die Ziele und Zwecke des Tierschutzvereins, die von allgemeinem Interesse sein dürften, da hierüber vielfach noch große Unklarheiten und Irrtümer bestehen. Die Tierschutzvereine haben in erster Linie den Zweck, die Tiere vor Quälereien zu schützen und zwar ohne Unterschied, ob das betreffende Tier für den Menschen nützlich oder schädlich ist, da jedes Tier Schmerz empfindet, wenn es gequält wird. Der Schutz bestimmter Tiere vor Vernichtung und Ausrottung ist Sache der Naturschutzvereine und ähnlicher Organisationen. Wenn es auch selbstverständlich ist, daß die Tierschutzvereine die Bestrebungen der Naturschutzvereine etc. unterstützen, ja auch zum Teil ihre Stelle vertreten, soweit solche Organisationen noch nicht bestehen, so darf doch darüber die Hauptaufgabe des Tierschutzvereins nicht zur Nebensache oder gar ins Gegenteil umgekehrt werden. Die Lebewesen sind alle aufeinander angewiesen. Sie leben alle direkt oder indirekt von einander. Die Tötung von Tieren ist für den Menschen eine Notwendigkeit, da er einerseits die Tiere als Nahrung braucht, andererseits aber auch zu seinem Schutze gefährliche Raubtiere und Ungeziefer vernichten muß, wenn er nicht sich selbst oder sein Hab und Gut der Vernichtung preisgeben will. Die notwendige Tötung nützlicher oder schädlicher Tiere verbieten zu wollen, wie dies von manchen verworrenen Geistern verlangt wird, ist ein Unsinn, muß doch auch gerade der edeldenkende Mensch aus Mitleid zur Tötung von Tieren schreiten, wenn denselben das Dasein infolge unheilbarer Leiden zur Qual geworden ist. Nicht der Tod ist das Schreckliche, sondern die Todesqual und Todesangst. Der Mensch hat aber dafür zu sorgen, daß die notwendige Tötung ohne Quälerei erfolgt und zwar ohne Rücksicht auf die Nützlichkeit oder Schädlichkeit des Tieres. Schädliche Tiere, wie z. B. Ratten und Mäuse oder Maikäfer und Fliegen zu quälen, beruht im Grunde auf der gleichen Gedankenlosigkeit und Rohheit, wie die Quälerei nützlicher Haustiere. Diese Gedankenlosigkeit und Rohheit des Menschen zu bekämpfen, ist die vornehmste Aufgabe der Tierschutzvereine und dadurch führt der Tierschutz zur Veredelung der Menschen als seinem höchsten Ziel, wird im wahrsten Sinne Menschenschutz, wobei er das Uebel an der Wurzel faßt. Ein Mensch, der Mitleid auch mit dem niedersten Tiere empfindet, wird keiner Rohheit gegenüber dem höherstehenden Menschen fähig sein. Es ist daher Pflicht eines Jeden, der den Menschen vor Verrohung schützen will, was doch namentlich in der heutigen Zeit der krassesten Selbstsucht und der Menschenschlächterei im wahrsten Sinne des Wortes eine dringende Notwendigkeit ist, in erster Linie den Tierschutz zu fördern, der Segen wird nicht ausbleiben.

Wiener Operette im Konzerthaus. Die bisherigen Aufführungen der Operette „Die Zirkusprinzessin" erfreuten sich bei gutem Besuch stets außerordentlichen Beifalls. Das prachtvoll ausgestattete Werk kommt heute Mittwoch zur 5 Aufführung. Morgen Donnerstag „Gräfin Mariza". Dieses Werk erscheint anderweitiger Verpflichtungen wegen nur noch zwei Mal auf dem Spielplan.

Sommertagszug des Volkschor West. Zu dem Bericht in der gestrigen Nummer ist noch nachzutragen, daß der Mundharmonika-Verein auf dem Festplatze die Teilnehmer auf's Beste unterhielt und daß in dankenswerter Weise sich die Arbeiter-Samariter wie gewohnt ebenfalls in den Dienst der Sache stellten. Auch die Arbeiter-Radfahrer fanden sich in stattlicher Zahl ein und erfreuten die Festteilnehmer.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Bezirk Weststadt. Am Mittwoch, 20. Juli 1927, abends 8 Uhr, im Lokal „Unter den Linden", Ecke Yorkstraße und Kaiserallee, findet eine Bezirksversammlung statt. Stadtverordneter Gen. Koch wird über **„Kommunalpolitische Streifzüge"** reden. Parteigenossen und Volksfreundleser, sowie SAJ. und Jungsozialisten sind zu dieser Versammlung aufs freundlichste eingeladen. Als zweiter Punkt der Tagesordnung wird die Volksfreundagitation behandelt. Die Bezirksleitung erwartet, daß alle Genossen auf dem Damm sind und unser Bezirk keinem von den anderen nachstehen darf. Also auf an die Arbeit!

Arbeiterwohlfahrt. Die Vorstandsmitglieder treffen sich morgen Donnerstag, 21. Juli, abends 8 Uhr, im Heime der Freien Turnerschaft zu einer gemeinsamen Sitzung mit dem Vorstand der Fr. T.

Rüppurr. Arbeiterjugend. Morgen abend 8 Uhr Musikstunde. Donnerstag, 21. Juli: Liederabend im Schulhaus. Montag, den 25. Juli, abends 8 Uhr: Gymnastik im Kindergarten.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Morgen abend Mitgliederversammlung

Die morgen, Donnerstag, abend im „Friedrichshof" stattfindende Mitgliederversammlung muß einen guten Besuch aufweisen. Kein Mitglied darf fehlen.

Veranstaltungen des heutigen Tages

Konzerthaus: Die Czardasfürstin. 7.45 Uhr.
Stadtgarten: Konzert der Stadtkapelle von ½4—6 Uhr.
Palast-Lichtspiele: Das Königskind; Das Schicksal eines Heimgekehrten.
Residenz-Lichtspiele: Liebelei. Amor in der Straßenbahn. 3.30, 5, 7, 9 Uhr.
Uniontheater: Frauen, die den Weg verloren; Drei Vagabunden.
Kammer-Lichtspiele: Frühlingserwachen — Die Sünde am Weibe.
Friedrichshof: Großes Gartenkonzert.
Weltkino: Der Teufelsjäger; Beiprogramm.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle. Babette Becker, 55 Jahre alt, Ehefrau von Heinrich Becker, Eisenbahn-Oberinspektor. Richard Bayer, 63 Jahre alt, Oberpostsekretär a. D., Ehemann. Karl Brändle, 46 Jahre alt, Kutschereibesitzer, Witwer. Anna Fichthaler, 24 Jahre alt, Fabrikarbeiterin, ledig. Wilhelmine Merkle, 52 Jahre alt, Dienstmädchen, ledig.

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach

Todesfälle. Jakob Gehring, Landwirt, Witwer, 81 Jahre alt, wohnhaft in Singen. Friedrich Karl Mannberz, Metzgermeister und Gastwirt, 54 Jahre alt, Ehemann, wohnhaft in Durlach. Josette Friederike Rittershofer geb. Lindner, Witwe, 70 Jahre alt, wohnhaft in Durlach. Karoline Seiter geb. Huber, Witwe, 70 Jahre alt, wohnhaft in Durlach. Christof Kumm, Knecht, ledig, 73 Jahre alt, wohnhaft in Durlach. Mathilde Schmidt, Kind, 8 Monate alt, wohnhaft in Durlach. Magdalene Hasenfuß geb. Lutz, Witwe, 65 Jahre alt, wohnhaft in Durlach. Luise Ehrmann geb. Schweinfurt, Ehefrau, 52 Jahre alt, wohnhaft in Durlach. Wilhelmine Westermann geb. Zeyher, Witwe, 63 Jahre alt, wohnhaft in Durlach. Hermann Hans Schweizer, Ingenieur, Ehemann, 43 Jahre alt, wohnhaft in Durlach. Karl Philipp Neureuther, Orgelbauer, Ehemann, 78 Jahre alt, wohnhaft in Durlach. Anton Schäfer, Dreher, ledig, 26 Jahre alt, wohnhaft in Durlach.

Aus aller Welt

Selbstmord zweier Frauen

Berlin, den 19. Juli. Heute nachmittag stürzten sich zwei Frauen, Mutter und Tochter aus dem zweiten Stockwerk eines hiesigen Kaufhauses in den Hof. Auf der Rettungsstelle konnte nur noch der Tod der Mutter festgestellt werden.

Wie die Blätter zu dem Absturz von Mutter und Tochter aus dem Kaufhaus des Westens mitteilen, hat sich vor dem Sturz ein heftiger erbitterter Kampf zwischen den beiden Frauen abgespielt. Die Tochter versuchte vergebens, ihre Mutter von dem Verzweiflungsschritt zurückzuhalten. Wie angenommen wird, handelt es sich bei der Mutter um einen Anfall von Nervenzerrüttungen. Nach einer Version hat sie ihre Tochter mit in die Tiefe gerissen, nach einer anderen ist die Tochter der Mutter freiwillig gefolgt.

Ueber zwanzigmal verpfändet

In Leipzig ist man einer großen Betrugsaffäre auf die Spur gekommen. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wurde der 31-jährige Kaufmann Heinrich Brenjes verhaftet. Er wird beschuldigt, in Gemeinschaft mit seiner Mutter Darlehensschwindeleien und Betrügereien verübt zu haben. Es wird behauptet, daß das Mobiliar von Brenjes **über 20 mal verpfändet** worden ist, ohne daß er überhaupt ein Verfügungsrecht über das Mobiliar hatte. Unter Vorspiegelung falscher Tatsachen sollen Brenjes und seine Mutter über **100 000 Mark erschwindelt** haben.

Eine Brücke bei Galbrasten eingestürzt

Tilsit, 19. Juli. Die Tilsiter Feuerwehr wurde heute vormittag um Hilfeleistung gebeten, da bei Galbrasten, bei Tilsit, mit eine Brücke eingestürzt sei, wobei 27 Personen schwer oder leichter verletzt wurden. Nach späteren Meldungen handelt es sich um die Brücke in Galbrasten, die abgebrochen und durch eine neue Brücke ersetzt werden sollte. Die Ursache der Katastrophe hat man noch nicht mit Sicherheit feststellen können. Man nimmt jedoch an, daß die Bolzen an einem Ende der Brücke zu früh entfernt worden sind, sodaß die Brücke zusammenstürzte. Bei den Abbrucharbeiten waren etwa 80 Leute beschäftigt, die beim Zusammenbruch der Brücke zum Teil in den glücklicherweise nur flachen Fluß fielen. Dagegen wurden zahlreiche Leute von den herabstürzenden Balken und Bohlen getroffen.

Umschwimmung Helgolands

Helgoland, 19. Juli. Fräulein Anni Wennell aus Tapiau bei Königsberg hatte heute Helgoland in der Zeit von vier Stunden acht Minuten umschwommen. Die Schwimmerin wurde bei ihrer Landung mit begeistertem Jubel empfangen.

Die Reichsbank um 85 000 ℳ geschädigt

Berlin, 19. Juli. Vor einigen Wochen erschien bei der Reichsbanknebenstelle in Schneidemühl ein etwa 30jähriger Mann, der ein Ueberweisungsschreiben einer Bank durch die Reichsbank in Dresden vorlegte. Der Giroavis lautete über 85 000 ℳ. Dem jungen Manne wurde der angewiesene Betrag ausgezahlt. Erst später entdeckte man die Fälschung, so daß der Betrüger mit dem Gelde entkommen ist.

Schweres Motorradunglück

Berlin, 19. Juli. In Warendorf bei Dortmund stieß ein mit zwei Personen besetztes Motorrad in rasender Fahrt auf einen Rollwagen. Beide Fahrer erlitten tödliche Schädelbrüche. Den Lenker des Rollwagens trifft keine Schuld.

Schweres Unwetter in Kanada

Winnipeg, 19. Juli. Saskatchewan und Alberta wurden von schweren Gewittern mit Hagelschauern heimgesucht. Die Telegraphenleitungen sind in vielen Bezirken gestört, sodaß noch keine Berichte über Schäden vorliegen. Bisher sind zwei Tote und zwei Verwundete gemeldet.

Der Umfang der Erdbebenkatastrophe in Palästina

London, 19. Juli. Nach dem Bericht des britischen Oberkommissars von Palästina sind 200 Personen getötet, etwa 750 Personen mehr oder weniger schwer verletzt und 1000 Häuser schwer beschädigt worden. In Transjordanien wurden durch das Erdbeben 68 Personen getötet und etwa 100 verletzt.

Für 25 000 ℳ Schmuck gestohlen

Berlin, 19. Juli. Aus dem **Antiquitätenladen** einer älteren Dame im Norden der Stadt, die am vergangenen Sonntag verreist war, entfernten **Einbrecher** einen in den Schrank eingelassenen zweieinhalb Zentner schweren Tressor, der für ungefähr **25 000 ℳ Goldsachen** enthielt und schleppten ihn, ohne daß jemand im Hause davon etwas merkte, fort. Die übrigen Gegenstände im Laden ließen sie unberührt.

Raubmord

Berlin, 20. Juli. In dem Dorfe **Bugk** bei **Sorkow** in der Mark wurde gestern Abend die 60 Jahre alte Frau des Gemeindevorstehers von unbekannten Tätern **ermordet.** Etwa 500 ℳ, die der Gemeindevorsteher kürzlich für den Verkauf einer Kuh erhalten hatte, fielen den Tätern in die Hände. **Die Frau ist mit einem Gewehrkolben erschlagen worden.**

Schwere Unwetter in Pommern

Berlin, 19. Juli. Wie die B.Z. am Mittag meldet, sind in Pommern schwere Unwetter niedergegangen. Besonders schwer wurde der Kreis Bütow betroffen. Dort überschwemmte der Bütowfluß ganze Stadtteile. Die technische Nothilfe mußte eingreifen. Mehrere Häuser sind eingestürzt. Viel Vieh ist umgekommen. Auf dem Bahnhofe wurden von den Böschungen große Sandmassen heruntergerissen. An einer Stelle hängt das Eisenbahngleis 3 Meter hoch frei in der Luft.

Ein englischer Offizier bei einem Autozusammenstoß getötet

Berlin, 19. Juli. Gestern abend stieß auf der Straße **Vingen—Kempen** ein Automobil mit einem ihm auf einem Motorrad entgegenkommenden **englischen Offizier** zusammen, wobei dieser getötet wurde. Der Autoführer wurde von der englischen Militärpolizei nach dem englischen Hauptquartier gebracht.

Ermordung und Beraubung eines deutschen Kapitäns

Helsingfors, 19. Juli. Als **drei Schmuggler** das in der letzten Woche bei Enskaer vor Nystadt vor Anker gegangene deutsche **Schmuggelschiff „Ingeborg“** aus **Swinemünde** aufsuchten, fanden sie den **Kapitän** des Schiffes, Schütz, **ermordet** auf. Die Polizei wurde alarmiert und stellte fest, daß der zur Besatzung des Schiffes gehörige finnische Matrose am Tage zuvor nach Nystad gefahren ist und von dort aus wieder abgereist war. Der Matrose wurde bald darauf ermittelt und in der Nähe der Stadt Björneborg verhaftet. Die Besatzung der Ingeborg bestand nur aus Schütz, dem finnischen Matrosen und noch einem anderen finnischen Matrosen. Dieser befand sich während des Mordes nicht an Bord der Ingeborg. Der Mörder hat, wie festgestellt wurde, die **Schiffskasse mit einem Betrage von 163 000 ℳ gestohlen.**

Ein Theater für das jüngste Gericht

In **Sydney** ist vor kurzem ein riesiges **Amphitheater** vollendet worden, dessen Bestimmung eine etwas eigenartige ist. Der imposante Bau, der von der australischen Abteilung des **„Ordens vom Stern im Osten“** errichtet worden ist, dient nämlich lediglich dem Zwecke, **Zuschauern,** die sich die **Ankunft des Heilandes beim jüngsten Gericht** ansehen wollen, **bequeme Sitzplätze** zu bieten. Die Mitglieder des „Ordens vom Stern im Osten“, eine **religiöse Sekte,** die aus Amerika stammt, scheinen also fest davon überzeugt zu sein, daß sich das große Weltgericht dereinst einmal in Sydney abspielen wird. In einer Broschüre führt die Ordensleitung aus, sie habe das Amphitheater bauen lassen, um dem Heiland, dessen Wiederkunft nahe bevorstehe, eine würdige Stätte zur Verfügung stellen zu können, an der er die Spreu von dem Weizen scheiden werde. Da jedoch anzunehmen ist, daß sich schließlich das eine Theater am Tage des jüngsten Gerichts für die Masse der interessierten Zuschauer als zu klein erweisen wird, will der Orden jetzt systematisch in allen Teilen der Welt Amphitheater errichten lassen.

Regenversicherung

Anläßlich des **Heimatfestes** in **Laucha** an der Unstrut, das vom 9. bis 13. Juli stattfand, hat der **Magistrat** das **Fest gegen Regen** versichern lassen. Für den Hauptfesttag wurde eine Regenversicherung derart abgeschlossen, daß bei Eintreten eines Regens in der Zeit von 8 Uhr bis 14 Uhr die Stadt die Summe von 4 000 Mark ausgezahlt erhalten sollte. Die Versicherungsprämie war auf 700 Mark festgesetzt. Da am Hauptfesttag anhaltend das schönste Wetter trotz der Besorgnis erregenden Vortage war, trat eine Zahlverpflichtung nicht in Kraft. Es sei bemerkt, daß Laucha an der Unstrut somit den Vorzug hat, als erste Stadt Deutschlands offiziell von der Regenversicherung Gebrauch gemacht zu haben.

Karlsruher Polizeibericht

Unfall mit Todesfolge. Gestern nachmittag geriet der verheiratete, 51 Jahre alte Rangierer Adolf Haberstroh, wohnhaft in Teutschneureut, im Ausbesserungswerk hier, beim Auswechseln zweier Eisenbahnwagen zwischen die Puffer. Dabei wurde ihm der Brustkorb eingedrückt, was seinen sofortigen Tod zur Folge hatte. Ein Verschulden dritter Personen liegt nicht vor.

Unfall. Am Ortsausgang von Knielingen wurde ein Radfahrer von einem Personenauto beim Ueberholen erfaßt, vom Rade gerissen und ein Stück Weges geschleift. Er erlitt starke Hautabschürfungen. Der Autoführer fuhr davon.

Festgenommen wurden: Ein Monteur von Offenburg und ein Schlosser von Durlach wegen Diebstahls, ein Bergarbeiter von Wilferdingen, der von der Staatsanwaltschaft Konstanz wegen Diebstahls gesucht wurde, ein Händler von Münzingen, der vom Amtsgericht Freiburg wegen Betrugs und vom Amtsgericht Lörrach wegen Gewerbevergehens ausgeschrieben war, ein Arbeiter von Vorderberg wegen Bruchs der Ausweisung, ein zum Strafvollzug gesuchter Reisender von hier, ferner 5 Personen wegen verschiedenen sonstigen strafbaren Handlungen.

Die Wetterlage

Der weitere Vorstoß des gestern bis westlich Deutschland vorgeschobenen Teilhofes hat die östlichen Störungen verdrängt und bis nach Nordwesten drängenden Winden schon gestern Aufheiterung gebracht. Während die Temperatur dabei in der Ebene 25 Grad erreichte, sank sie nachts bis auf 10 Grad. Unser Gebiet liegt voraussichtlich morgen noch unter Hochdruckeinfluß. Auf der Vorderseite des von Westen vorrückenden Luftwirbels ist bei östlichen Winden in Verbindung mit ungehinderten Anstrahlung noch weitere Erwärmung zu erwarten.

Voraussichtliche Witterung für Donnerstag, 21. Juli: Noch meist heiter, trocken, sehr warm, östliche, später nach Süden drängende Winde.

Volkswirtschaft

Folgen falscher Sparsamkeit bei der Reichsbahn

Uns wird aus **Berlin** geschrieben:

Wie die **Reichsbahnverwaltung** durch ihre **Einsparungen beim Personal** mit der Sicherheit und dem **Leben der ihr anvertrauten Fahrgäste** spielt, zeigt überaus drastisch folgender **Vorfall,** der sich vor kurzem unweit der **Station Ergolding (Niederbayern)** abgespielt hat. Durch **Heißlaufen** eines **Achsenlagers** erfolgte bei dem Wagen eines Güterzuges auf der Fahrt nach Landshut ein **Achsenbruch.** Der einzige am Schlusse des sehr langen Zuges befindliche Bremser befand sich vorschriftsmäßig auf der Bremse des letzten Wagens. Er sah in der Kurve, wie die Achsenbüchse eines Wagens in der hinteren Hälfte des Zuges glühte und dann auf die Seite geschleudert wurde. Der Bremser versuchte alles, den Zug zum Stehen zu bringen. Er konnte aber nichts anderes tun, als seine Spindelbremse anzuziehen, daß die Badagen glühten. So wurde der entgleiste Wagen mit der gebrochenen Achse die ganze 4 Kilometer lange Strecke von Ergolding bis Landshut geschleift und die Strecke vollständig aufgerissen. Zum Glück wurde der Zug aus einem anderen Grunde vor dem Einfahrtssignal in Landshut gestellt, sodaß der Bremser sich schnell zum luftgebremsten vorderen Teil des Zuges begeben, den Luftbahn öffnen und so die Weiterfahrt verhindern konnte. Wäre der Zug am Einfahrtssignal nicht zufällig gestellt worden, so wäre bei den Einfahrtsweichen in Landshut eine bedenkliche Entgleisung erfolgt.

Welch entsetzliches Unglück hätte passieren können, wenn der Güterzug auf freier Strecke entgleist und dadurch das Nebengleis gesperrt worden wäre. Zwischen den Stationen Landshut und Ergolding **kreuzte nämlich auf freier Strecke der Berliner Nachtschnellzug,** mit dem den entgleisten Wagen mitschleifenden Güterzug. **Der Schnellzug wäre direkt in die Trümmer gefahren.** Hätte sich in der Mitte des Zuges nur ein Bremser mit luftgepreinstem Zugteil befunden, hätte der Zug sofort gestellt werden können. Diesmal ist die Verwaltung noch mit einem allerdings erheblichen Materialschaden weggekommen. Sie mußte auf etwa 8 Tage die Arbeiter aller angrenzenden Bahnmeistereien zusammenziehen, um den Schaden zu beheben. Falsche Sparsamkeit!

Gewerkschaftsbewegung

Die Arbeitszeit in der deutschen Tabakindustrie

In der **Zigarettenindustrie** ist grundsätzlich die wöchentliche 48-stündige Arbeitszeit festgelegt, die Samstags und an den Tagen vor gesetzlichen Feiertagen spätestens mittags 1 Uhr beendet sein muß. Der geringste Ueberstundenzuschlag beträgt 25 Prozent und steigt bis 50 Prozent. Für Sonn- und Feiertagsarbeit kommt ein Zuschlag von 100 Prozent in Betracht. In der **Rauch- u. Schnupftabakindustrie** ist die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit auf 48 Stunden festgelegt, ausschließlich der Pausen. Diese Arbeitszeit muß Sonnabends und an dem Vortage des Weihnachtsfestes spätestens um 2 Uhr nachmittags beendet sein. Die ersten drei Ueberstunden werden mit 15 Prozent, die weiteren 3 Ueberstunden mit 25 Prozent Zuschlag bezahlt. Für Nachtarbeit, welche zwischen 20 und 6 Uhr liegt, wird ein Zuschlag von 50 Prozent bezahlt, für Sonn- und Feiertagsarbeit ein solcher von 100 Prozent. In der großen **Zigarrenindustrie** gilt auch wohl die 48-stündige Arbeitswoche mit dem Ende Samstagsnachmittags um 2 Uhr, sowie an dem Vortage des Weihnachtsfestes. Für die ersten 5 Ueberstunden kommt ein Zuschlag von 15 Prozent in Betracht, für weitere Ueberstunden erst 25 Prozent. Für Nachtarbeit zwischen 20 und 6 Uhr ein Zuschlag von 50 Prozent, für Sonn- und Feiertagsarbeit ein solcher von 100 Prozent. In der **Kautabakindustrie** besteht kein reichstarifliches Verhältnis, sondern nur örtliche und ein bezirkliches für Nordhausen und Umgebung. Trotz alledem ist in dieser Branche die Arbeitszeitfrage besser als in der Rauch- und Schnupftabakindustrie geregelt. Was ergibt sich aus dieser Zusammenstellung? Daß die Arbeitszeitfrage in der Deutschen Tabakindustrie ganz ungleich geregelt ist, trotzdem die Gesundheitsverhältnisse in der gesamten Tabakindustrie einmal eine einheitliche Arbeitszeit auf der kürzesten Basis besingen. Auffällig ist, daß genau wie die Unterschiedlichkeit der Arbeitszeitregelung ist, dasselbe zutrifft in Bezug der Lohnverhältnisse. Es muß nun folgende Frage aufgeworfen werden: Was kann die Ursache dieser Tatsachen sein?

Die **Ursache** dieser Erscheinung ist nur das **verschiedenartige Organisationsverhältnis** der Arbeiterschaft. In der Zigarettenindustrie sind über 90 Prozent aller Beschäftigten in den freien Gewerkschaften, deshalb die günstigste Arbeitszeit und Lohnregelung. Ferienanspruch bis zu 15 Tagen und sonstige Vergünstigungen. Im Kautabakgewerbe liegt fast genau so das Organisationsverhältnis. Ganz wenige Beschäftigte gehören einer anderen Organisation an. In der Rauch- und Schnupftabakindustrie ist leider das Organisationsverhältnis wesentlich ungünstiger. Eine geringe Anzahl Arbeiter ist anderweitig organisiert, die Zahl der Unorganisierten ist leider größer, deshalb auch schlechtere Lohn- und sonstige Arbeitsbedingungen. Am traurigsten sieht es aus in der Zigarrenindustrie. Einmal mit dem Organisationsverhältnis, dann selbstverständlich auch in Bezug der Arbeitszeit und Lohnregelung. Ist sich da zu wundern, wenn die gut einheitlich organisierten Zigarrenfabrikanten sich besonders wehren, gegen Durchsetzung von berechtigten Lohnerhöhungen und sonstigen Verbesserungen für die Arbeiterschaft?

Es ist die höchste Zeit, daß alle Tabakarbeiter die gegebenen Verhältnisse richtig würdigen, Vernunft annehmen, sich als Klassengenossen fühlen und aus solidarischer Pflicht sich dem freien Tabakarbeiter-Verband anschließen. Je eher das geschieht, werden auch schneller die noch rückständigen Verhältnisse in den verschiedenen Sparten der Tabakindustrie gebessert. Ohne starke, schlagfertige gewerkschaftliche Organisationen kommen wir nicht vorwärts, das haben die letzten Vorgänge in diesem Jahr, besonders die Aussperrungstaktik des Zigarrenfabrikanten-Verbandes ganz deutlich bewiesen.

Da noch größere Kämpfe bevorstehen, wenn die wirtschaftliche Lage der deutschen Tabakarbeiterschaft gebessert werden soll, ist es selbstverständliche Pflicht aller Tabakarbeiter dahin zu wirken, daß eine einheitliche Tabakarbeiterorganisation baldigst geschaffen wird im **Deutschen Tabakarbeiter-Verband, Sitz Bremen.** Jede Absplitterung schädigt die Bewegung der vorwärts wollenden Tabakarbeiterschaft!

Der Konflikt in der Kölner Metallindustrie

Köln, 19. Juli. Der vom Sonderschlichter für die **Kölner Metallindustrie** gefällte **Schiedsspruch** wurde am Montag von der Tarifkommission der Arbeitnehmerorganisationen **abgelehnt.** Der Grund zur Ablehnung liegt vor allem in der für die **Arbeitgeber** außerordentlich **vorteilhaften** Verklausulierung des Lohnausgleichs im Schiedsspruch. An dieser Klausel haben die Vertreter der Arbeiter im Schlichtungsausschuß nicht teilgenommen. Es bleibt nun abzuwarten wie sich die Unternehmer zu dieser Ablehnung stellen werden.

Standesbuchauszüge Offenburg

Geburten vom 2.—15. Juli. Johann Wilhelm, V. Friedrich Erb, Bahnarbeiter. Hedwig Franziski, V. Josef Schillt, Hilfsarbeiter. Lieselotte, V. Gottlieb Fischer, Küfer. Anny Marie, V. Ludwig Heimbach, Bierbrauer. Egon Ernst, V. Karl Ernst Flüge, Bürogehilfe. Ernst Franz Anton, V. Karl Gresbach, Ref.-Lok.-Führer. Kurt Albert, V. Adolf Josef Krieger, Maschinenarbeiter.

Heiraten vom 4.—14. Juli. Otto Emil Stadelbauer, Kaufmann in Ortenberg, und Amalie Müller, Friseuse in Offenburg. Friedrich Wilhelm August Bollwage, Kaufmann, hier, und Margarita Heinzmann, ohne Beruf, in Helsingfors. Heinrich Hermann Rüble, Gärtner, und Berta Müller, Fabrikarbeiterin, beide hier. Friedrich Eholzer, Finanzsekretär, und Marie Segewitz, ohne Beruf, beide hier. Wilhelm Haas, Emaillebrenner, und Sofie Walter, Fabrikarbeiterin, beide hier.

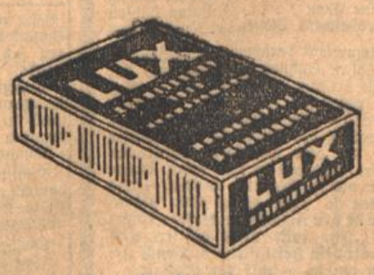
Sterbefälle vom 1.—12. Juli. Martin Rapp, Schriftsetzer, 67 Jahre alt. Katharina Kern, ohne Beruf, 70 Jahre alt. Michael Weigand, Schuhmachermeister, 54 Jahre alt. Hermann Gernet, Gärtner, 62 Jahre alt. Anna Marie Siefert, Büglerin, 52 Jahre alt. Karl Heinrich Ritt, Mechanikerlehrling, 17 Jahre alt. Elias Weil, Kaufmann, 73 Jahre alt. Stefan Schnepf, Blechnermeister, 42 Jahre alt.

Chefredakteur: Georg Schöpflin • Verantwortliche Verantwortung: Artikel, Volkswirtschaft, Wirtschaftskämpfe, Parteinachrichten, Gewerkschaftliches, Aus aller Welt, Letzte Nachrichten Hermann Kabel; Freiheit Baden, Frauenbeilage, Gemeindepolitik, Aus Mittelbaden, Kleine badische Chronik, Aus der Stadt Durlach, Theater und Musik, Kunst und Wissen, Gerichtszeitung, Markt und Handel Hermann Winter; Sport und Spiel, Sozialistisches Jungvolk, Heimat und Wandern, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Karlsruher Chronik, Briefkasten Josef Gisele • Verantwortlich für den Anzeigenteil Gustav Krüger • Sämtliche wohnhaft in Karlsruhe in Baden • Druck und Verlag: Verlagsdruckerei Volksfreund G. m. b. H. Karlsruhe

Pflegen Sie Ihre empfindliche Leibwäsche mit

LUX

SEIFENFLOCKEN



„SUNLICHT“ MANNHEIM.

L 139

und alle Verkaufsstellen

Sofort. Gewinnauszahlung

3 Losbriefsorten à 50 Pfg., 11 St. 5.- M. | auch ge-
1 Losbriefsorte à 1.- M., 11 St. 10.- M. | mischt

Nur Geldgewinne, sof. ohne Abzug zahlbar, über

65000 M.

empfiehlt

Stürmer Mannheim, O 7, 11 Postscheckk. 17043 Karlsruhe 948

Porto 20 Pfennig mehr

Ca. 50 gut erhaltene

Maß-Anzüge

von 10 Mk. an in all. Gr. u. Farb., sow. Gehrock-, Smoking- und Cutawayanz., Frühjahrs-Mäntel, Hosen, Jopp. neu und gebr., sowie Gelegenheitsposten. Prima neue Anzüge staunend billig. 5298

Zähringerstr. 53 n. II.

BREMEN—SÜDBRASILIEN

Direkte Verbindungen mit den Deutschen Siedlungsgebieten Anlaufhäfen: Sao Francisco do Sul und Rio Grande; hervorragende Reisegelegenheiten mit den beliebten Dampfern des

NORDDEUTSCHEN LLOYD BREMEN

Kostenlose Auskunft erteilt:

In Karlsruhe: Lloyd-Reisebüro Goldfarb, Kaiserstr. 181, Ecke Herrenstraße, in Baden-Baden: Lloyd-Reisebüro W. Langguth, Lichtenthalerstraße 10, Café Zabler.

842

Friedrichshof-Garten

Jeden Mittwoch, Samstag und Sonntag

Große Garten-Konzerte

der Harmonie-Kapelle

Eintritt frei. 5872 Wilh. Ziegler

Operette im Konzerthaus

Heute 7¾ Uhr, die große Revue-Operette 5865

Die Zirkusprinzessin

Karten bei: Müller, Kaiserstr., Holzschuh, Werderstr., Brunnert, Kaiser-Allee, Verkehrsverein, Kaiserstr., Konzerthauskasse und telephonisch (7260) zu Mk. 1.50—5.50.

Morgen: Gräfin Mariza

KAMMER-LICHTSPIELE

Kaiserstraße 168 Tel. 3053 Haltest. Hirschstr.

zeigt ab heute

Das große sexuelle Aufklärungs-Programm.

Die Pflichten der Eltern! Warnungen an alle Frauen! Die beste Aufklärung für Männer, Jünglinge und Mädchen!

I.

Frühlingserwachen

Das ergreifendste Sittengemälde aller Zeiten! Das hohe Lied der Elternpflicht und Jugendliebe nach Frank Wedekind.

II.

Das sexuelle Problem geschlechtlichen Gemeinschaftslebens

Die Sünde am Weibe

Ein warnendes und belehrendes Sittenbild, eine Offenbarung für jeden reifen Menschen.

Die Darsteller in den beiden Filmen sind Erich Kaiser Tietz, O. v. Ledebour usw., Oskar Marion, Hanni Reinwald usw.

Beginn der Vorstellungen: 4, 5, 7 u. 9 Uhr.

Bitte die Nachmittagsvorstellungen zu besuchen.

— Jugendliche haben keinen Zutritt. — 5875

Residenz-Lichtspiele Waldstr.

Nur noch 2 Tage!

Das Meisterwerk deutscher Filmkunst, das gleich dem Bühnenwerk Millionen von Menschen in seinen Bann ziehen wird.

Liebelei

Nach dem bekannten Schauspiel von Arthur Schnitzler.

Personen und Darsteller:

Fritz Lobheimer, Student . . Louis Lerch
Theodor Kaiser, sein Studienfreund . . . . . Henry Stuart
Der alte Wehring, Cellist am Stadttheater . . . . . Jaro Fuerth
Christine, seine Tochter . . . Evelyn Holt
Mizzi Schlager, ihre Freundin Hilde Maroff
Bankier Belten . . . . . Robert Scholz
Doris, seine Frau . . . . . Vivian Gibson
Franz, Lobheimers Diener . . Karl Platen

Arthur Schnitzlers berühmtes Schauspiel ist über unzählige Bühnen gegangen und hat überall die größten Erfolge erzielt. — Wen sollte das Werk als Film nicht umsomehr interessieren? — Tief erschüttert einen Jeden der Leidensweg der armen kleinen Christine Wehring, die dem Geliebten bedenkenlos alles opfert, während er ihre reine, wahre Liebe nur als Zerstreuung auffaßt — und doch müssen so viele diesen Weg gehen! Das aber ist der tiefe Sinn dieses großen Werkes: „Ihr sollt nicht spielen und tändeln mit dem Heiligsten, das euch gegeben wurde — mit der Liebe!“

Hierzu der erstklassige bunte Filmteil.

Schlafzimmer Küchen 5365

schöne moderne Formen prima Qualität, in großer Auswahl, äußerst billig zu verk. (Zahlungserleichtg.)

Sitzler

Möbelschrein. und Lager. Ludwig-Wilhelmstr. 17.

Wanzentod

sicherstes Radikalmittel zur Selbstvertilgung liefert Fr. Springer, Karlsruhe

Markgrafenstr. 52

5608 Telephon 3263

Beim städt. Wasenmeister Schlachthausstr. 17, befinden sich folgende Fundhunde: 3 Schäferh. m., 1 Pinscher m., 1 Deutsch. Kurzhaar m., 1 Wolfshund m., 1 franz. Bulldogge m., 1 Wolfspitzer m., 1 Schnauzer m.

Nicht innerhalb 3 Tagen vom Eigentümer abgeholte Hunde werden getötet bzw. versteigert. 1392

Karlsruhe, 19. Juli 1927.

Städtisches Schlacht- und Viehhofamt.

Lest den Volksfreund

TIETZ

Für die Reise

Reise-Taschen Maulbügelform, aus kräftig. Rindvolleder 3-fach verschließbar
50 cm 45 cm 40 cm
20.— 18.50 16.—

Damenkoffer aus gutem Rindleder. Stoffutter und Sprungschlösser
19.— 16.50 15.— 13.50 11.75 10.75 9.75

Rind-Volleder-Koffer m. Sprungschlöss.
60 cm 55 cm
28.— 24.50
50 cm 45 cm
21.50 19.75

Stadtkoffer aus fester Hartplatte mit Sprungschlössern
45 cm 40 cm 35 cm 30 cm
3.45 3.— 2.50 2.10

Anzugkoffer aus guter Hartplatte, Marke „Wetterfest“ mit 2 Sprungschlössern und Packgurten
75 70 65 60 55 cm
8.75 7.50 6.75 6.10 5.75

Anzugkoffer echt Vulkan-Fibre mit Sprungschlöss. u. Packgurten
75 70 65 60 55 cm
12.— 11.— 10.25 9.25 8.35

Stadtkoffer echt Vulkan-Fibre mit Sprungschlössern
50 45 40 35 cm
6.75 6.25 5.75 5.25

Bahnkoffer mit ringsum gehenden Bügeln, mit Stoff bezogen und brauner Oelfarbe gestrichen, guten Schlössern, Einsatz und Packgurten

Kabinenkoffer
100 cm 90 cm 80 cm
24.50 22.50 21.00

Herrenkoffer
100 cm 90 cm 80 cm
28.50 25.50 23.50

Bahnkoffer mit ringsherum gehenden Bügeln, m. gutem Segelleinen bezogen, m. Oelfarbe gestrichen, prima Stoffutter, Einsatz, Stiefelfach, Packgurten und guten Sprungschlöss. 110 cm 100 cm 90 cm 80 cm
53.- 47.50 44.50 38.50

Einrichtungskoffer aus gutem Leder 13-tl. Einrickt 28.— 25.50

Reise-Necessaires aus gutem Leder mit praktischer Füllung . . . 13.50 10.50 8.50 7.25

Reise-Luftkissen mit Steg . . 4.75 3.75 2.90

Reise-Schirmhüllen aus gutem Stoff, mit Ledergriff 6.— 4.50 3.25 2.65

Hutschachteln aus kräftigem Fournierholz mit Schließschloß u. Ledergriff
9.50 8.50 7.75

Praktische und leichte **Hutschachteln** aus imit. Autolackleder mit gutem Futter
12.50 11.25 10.- 9.-

Koffer-Anhänger Rindleder 95 ₰ 75 ₰ 65 ₰

Rucksäcke für Damen u. Herren, aus gutem Segelleinen, mit Rindlederriemen alles genäht 5.75 4.35 3.75 2.85

Briefpapier-Reisepackung
25 Leinen-Bogen und 25 Hüllen mit Seidenfutter 70 ₰
25 Leinen-Karten und 25 Hüllen mit Seidenfutter 70 ₰

Briefpapier, Blockmappen, wasserliniiert
30 Blatt und 20 Hüllen m. Seidenfutter, Herrenformat 95 ₰
30 Blatt und 20 Hüllen m. Seidenfutter, Quartformat 95 ₰

Butterbrotpapier fettdicht, flache Packung ca. 100 Blatt . . . . . Paket 32 ₰

Butterbrotpapier fettdicht in Rollen, perforiert ca. 50 Blatt . . . . . Rolle 16 ₰

Butterbrotbeutel fettdicht, mit Falte, ca. 50 St. Karton 32 ₰

Sicherheitsfüllfederhalter mit 14 kar. Goldfeder 2.40

Sicherheitsfüllfederhalter 14 kar. Goldfeder Marke Truso . . . . . Stück 7.50, 5.00 2.75

Sicherheitsfüllfederhalter 14 kar. Goldfeder Marke Hertie . . . . . Stück 9.00, 7.50, 6.50 5.50

Sicherheitsfüllfederhalter Original Soennecken . Stück 25.00 20.00 15.00 12.50

Sicherheitsfüllfederhalter Original Mont blanc . Stück 25.00, 18.75, 15.00 12.50 11.00

Reisegepäckanhänger mit Schnur . 12 Stück 15

Weltkino Kaiserstr. 133 Tel. 5448

Ab heute bis einschl. Montag:

Fred Thomson mit seinem Wunderhengst Silberkönig in dem neuen großen Wildwestfilm

Der Teufelsjäger

6 Akte 6 Akte

Dazu: Ihre 3 Stammgäste und die törichte Jungfrau

4 lustige Akte

5-73

Sänger-Tag

im Kloster Maulbronn

am Sonntag, 24. Juli 1927, nachmittags 2 Uhr.

Reichhaltiges schönes Programm, Massenchöre von etwa 1000 Sängern, Konzert in der Klosterkirche, Klosterbesichtigung. 949

Günstige Bahnverbindungen nach allen Richtungen.

Versteigerung Donnerstag, d. 21. Juli ½3 Uhr, Schillerstraße 52 (Lehrer)

i. A. gegen bar: Klubsofa und -Sessel (Kordsamt), Vertiko, Schreibtisch, Büfett, große Schränke, 2 eine Betten mit Haarmatratze, Metallbett mit Matr. und Deckbett, Ausziehtisch, eingelegte Tische und andere Tische, große Spiegel, Kassenschrank, Spiegelschrank, Nachttische, Schulbank, Biedermeierspinett, Kleiderständer, 2 eichene Hocker, Stühle, Sofaumbau, Weißnähmaschine, Teppiche, Uhren, Bilder, Paradebetten, Zinkbadewanne, Teemaschine, Porz.-Service für 12 Personen, Stehgasbadofen, elektr. Heizkörper, Dörrapparat, Wringmaschine, 4 Herrenanzüge usw.

Hesch Beeidigter öffentlicher Versteigerer Goethestraße 18 / Telephon 3700

Schlafzimmer-Bilder preiswert. Bilder für alle Räume. Einrahmung. Valentin Schläfers Kunsthandlung, Kaiserstr. 38

Plakate aller Art liefert rasch und billig Verlagsdruckerei Volksfreund G.m.b.H. Waldstr. 28. Tel. 7020

Mein durchschlagender **Sonderverkauf** veranlaßt mich zu einem

Gelegenheits-Verkauf

in grauen Damen-Chevreauxschuhen.

Jedes Paar Mark 9.-

In sämtlichen Größen vorrätig.

Mein übriges gutsortiertes **Schuhlager** empfiehlt sich von selbst. Billigste Preise, anerkannte, erstklassige Qualität

Ciolina's Volks-Schuh-Häuser

Kronenstraße 25 5851 Kronenstraße 25

Das bestbewährte, nicht feuergefährliche Kleider-Fleckenwasser, das keinen Rand hinterlässt. Ideales Reinigungsmittel für farbige Lederschuhe.

Zu haben in den Drogerien.

Vertreter mit Auslieferungslager: Walter Kreth, Mannheim F 5, 1. Tel. 29077

Hersteller: Drawin Gesellschaft m. b. H., Stuttgart.